



Provisorisches Beschluss-Protokoll

der 16. und 17. Sitzung, Amtsjahr 2013-2014

Mittwoch, den 26. Juni 2013, um 09:00 Uhr und 15:00 Uhr

Vorsitz: *Conradin Cramer, Grossratspräsident*

Protokoll: *Thomas Dähler, I. Ratssekretär*
Sabine Canton, II. Ratssekretärin i. V.

Abwesende:

26. Juni 2013, 09:00 Uhr
16. Sitzung *André Auderset (LDP), Peter Bochsler (FDP),
Lukas Engelberger (CVP/EVP), Thomas Grossenbacher (GB),
Salome Hofer (SP), Daniel Jansen (SP), Toya Kruppenacher (SP),
Roland Lindner (SVP), Ruedi Rechsteiner (SP), Emmanuel Ullmann (GLP),
Aeneas Wanner (GLP).*

26. Juni 2013, 15:00 Uhr
17. Sitzung *André Auderset (LDP), Peter Bochsler (FDP),
Thomas Grossenbacher (GB), Martin Gschwind (fraktionslos),
Patrick Hafner (SVP), Daniel Jansen (SP), Toya Kruppenacher (SP),
Ruedi Rechsteiner (SP), Andreas Sturm (GLP),
Heinrich Ueberwasser (SVP), Emmanuel Ullmann (GLP),
Aeneas Wanner (GLP).*

Verhandlungsgegenstände:

- | | | |
|----|---|----|
| 1. | Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung | 3 |
| 2. | Entgegennahme der neuen Geschäfte | 6 |
| 3. | Wahl eines Mitglieds der Bau- und Raumplanungskommission (Nachfolge für Remo Gallacchi) | 7 |
| 4. | Bericht und Vorschlag zur Wahl eines Ersatzrichters am Sozialversicherungsgericht für den Rest der laufenden Amtsdauer 2010 bis 2015 | 8 |
| 5. | Bericht der Finanzkommission zur Staatsrechnung 2012 und Mitbericht der Bildungs- und Kulturkommission zur Rechnung 2012 der fünf kantonalen Museen | 9 |
| 6. | Bericht der Bildungs- und Kulturkommission zum Ratschlag 12.2027.01 für die Projektierung des Neubaus Naturhistorisches Museum beim Bahnhof St. Johann und zum Ratschlag Nr. 12.2028.01 für die Projektierung des Neubaus Staatsarchiv beim Bahnhof St. Johann | 12 |
| 7. | Bericht der Gesundheits- und Sozialkommission zum Ratschlag Nr. 12.0626.01 Revision des Staatsvertrags zwischen den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft über das Universitäts-Kinderspital beider Basel (Kinderspitalvertrag) vom 16. Februar 1998 Partnerschaftliches Geschäft | 14 |
| 8. | Ratschlag betreffend die Ausrichtung von Betriebskostenbeiträgen an BaselArea - Wirtschaftsförderung Basel-Stadt und Basel-Landschaft für die Jahre 2014 bis 2017 | 16 |
| 9. | Bericht der Bildungs- und Kulturkommission zum Ratschlag 13.0334.01 Änderung des Schulgesetzes betreffend Zulassungsbeschränkungen, Ausschluss vom Schuldienst, staatliche Schulsynode und weitere Anpassungen sowie zur Motion Martina Bernasconi und Konsorten zur Änderung des Schulgesetzes § 86 Aufgaben der Schulkommissionen | 17 |

10.	Ausgabenbericht betreffend 500 Jahre Basler Rathaus	21
11.	Bericht der Petitionskommission zur Petition P308 "Hunde sollen R(h)ein dürfen"	22
12.	Bericht der Petitionskommission zur Petition P309 "Gebt die Claramatte den Kindern zurück"	22
13.	Bericht der Petitionskommission zur Petition P312 "Schluss mit der ungerechten Abzockerei - Nein zu Parkgebühren für Motorräder und Roller!"	23
14.	Schreiben des Ratsbüros zum Anzug Dominique König-Lüdin und Konsorten betreffend Fristenregelung zur Beantwortung von Anzügen	23
15.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Ursula Metzger und Konsorten zur Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für die einheitliche Regelung des Dolmetscherwesens an den Basler Gerichten und Behörden	24
16.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Beat Fischer und Konsorten betreffend Förderung der Freiwilligenarbeit in der Verwaltung	24
17.	Beantwortung der Interpellation Nr. 27 Jürg Meyer betreffend Verlegung der Meldestelle für Todesfälle von der Rittergasse 11 im Zentrum der Stadt an die Hörnliallee 70 ab 1. Januar 2014	25
18.	Beantwortung der Interpellation Nr. 29 Elisabeth Ackermann betreffend unterirdische Ringautobahn	25
19.	Beantwortung der Interpellation Nr. 32 Urs Müller-Walz betreffend Investition Margarethenstich und Durchmesserlinie via Bahnhof SBB zum Badischen Bahnhof	25
20.	Beantwortung der Interpellation Nr. 35 Thomas Gander betreffend Projektwettbewerb "Umgestaltung Landhof-Areal"	26
21.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Christian Egeler und Konsorten betreffend Berücksichtigung externer Effekte bei Bauvorhaben im öffentlichen Raum	26
22.	Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Heidi Mück und Konsorten betreffend Änderung des Beschaffungsgesetzes: Senkung des Anteils der öffentlichen Hand für die Unterstellung unter das Gesetz	27
23.	Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Dominique König-Lüdin und Konsorten betreffend Beschaffungsgesetz: Einschränkung der Weitergabe an Subunternehmen	27
24.	Beantwortung der Interpellation Nr. 36 Remo Gallacchi betreffend Ausbildungs- und Forschungsreaktor der Uni Basel	28
25.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Mustafa Atici betreffend Absichtserklärung zur Zusammenarbeit zwischen Schule und Eltern	28
26.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Stephan Luethi-Brüderlin und Konsorten betreffend Platzsituation Kindergärten	29
	Anhang A: Abstimmungsergebnisse	30
	Anhang B: Neue Geschäfte (Zuweisungen)	34
	Anhang C: Neue Vorstösse	37

Beginn der 16. Sitzung

Mittwoch, 26. Juni 2013, 09:00 Uhr

1. Mitteilungen und Genehmigung der Tagesordnung

[26.06.13 09:00:18, MGT]

Mitteilungen

Conradin Cramer, Grossratspräsident: Ich begrüsse Sie zur heutigen Sitzung und habe folgende Mitteilungen:

Rücktritt aus dem Grossen Rat

Daniel Jansen hat seinen Rücktritt als Mitglied des Grossen Rates auf den 30. Juni 2013 aus persönlichen und gesundheitlichen Gründen erklärt. Daniel Jansen gehörte dem Rat seit Februar dieses Jahres an.

Ich danke ihm für die dem Kanton geleisteten Dienste und wünsche ihm alles Gute.

Abwesenheit Regierungsrat Eymann

Regierungsrat Christoph Eymann ist morgen Donnerstag abwesend, weil in Bern die Tagung der Schweizerischen Universitätskonferenz stattfindet, die er präsidieren darf. Verschiedene weitere Mitglieder des Regierungsrates sind morgen Nachmittag ebenfalls zeitweise abwesend, weil sie an den Maturafeiern engagiert sind, zum Teil als Festredner, zum Teil als Eltern.

Neues Fraktionspräsidium Grünes Bündnis

Die Fraktion Grünes Bündnis teilt mit, dass das Fraktionspräsidium ab 1. September 2013 von Patrizia Bernasconi auf Anita Lachenmeier übergeht. Ich wünsche Anita Lachenmeier für diese Aufgabe alles Gute.

Auslastung des WLAN

Das ratsinterne WLAN ist auf eine hohe Bandbreite ausgelegt, scheint aber dennoch in der letzten Zeit ab und zu an seine Grenzen zu gelangen. Wenn gleichzeitig viele Benutzer Videos herunterladen oder den Betrieb im Saal hier im Web-TV anschauen - was nicht sehr hilfreich ist - kann der Datenverkehr wegen Überlastung gestört werden. Ich bitte Sie also, bei der Nutzung des WLAN zu beachten, dass auch Kolleginnen und Kollegen durch unbedachte Aktionen beeinträchtigt werden.

IPK Nordwestschweiz

Am Freitag, 25. Oktober 2013, findet in Bern die diesjährige Tagung der Interparlamentarischen Konferenz NWCH statt. Die IPK ist ein Zusammenschluss der Parlamente der Kantone Basel-Stadt, Basel-Landschaft, Aargau, Solothurn und Bern. Thema der diesjährigen Tagung sind Fragen der Finanzflüsse zwischen dem Bund und den Kantonen. Bitte notieren Sie sich schon heute das Datum (25. Oktober). Eine Einladung werden Sie nächstens erhalten.

Runde Geburtstage

Vor wenigen Tagen, wenn auch nicht geradezu zusammen, konnten sowohl **Elisabeth Ackermann** als auch **Eric Weber** ihren 50. Geburtstag feiern. Ich gratuliere dazu herzlich und wünsche beiden alles Gute.

Elisabeth Ackermann wird uns heute Vormittag den Kaffee spendieren. Herzlichen Dank dafür *[Applaus]*.

Tagesordnung

Das Ratsbüro beantragt, den Bericht der BRK zur Initiative "CentralParkBasel" mit Dringlichkeit auf die Tagesordnung zu setzen.

Gemäss IRG ist eine unformulierte Volksinitiative, die nicht ausformuliert wird und der kein Gegenvorschlag gegenüber gestellt wird, innert 18 Monaten zur Volksabstimmung zu bringen. Die Volksabstimmung zur Initiative "CentralParkBasel" müsste daher spätestens am 15. August 2013 stattfinden. Der nächste Abstimmungstermin ist am 22. September 2013. Um immerhin diesen Termin einhalten zu können, muss der Grosse Rat noch im Juni 2013 über das weitere Vorgehen beschliessen.

Für die Dringliche Behandlung braucht es ein Zweidrittelmehr.

Abstimmung

Dringliche Behandlung des Berichts der BRK zur Initiative "CentralParkBasel" (Zweidrittelmehr).

JA heisst dringliche Behandlung, NEIN heisst Verzicht auf dringliche Behandlung.

Ergebnis der Abstimmung

73 Ja, 1 Nein, 3 Enthaltungen. [Abstimmung # 175, 26.06.13 09:04:58]

Der Grosse Rat beschliesst

den Bericht der BRK zur Initiative "CentralParkBasel" mit Dringlichkeit auf die Tagesordnung zu setzen.

Das Geschäft wird nach den Petitionen (Trakt. 11 - 13) als neues Geschäft 35 behandelt.

Es liegen vier Interpellationen mit **Antrag auf dringliche Behandlung** vor.

- Interpellation Tanja Soland betreffend Polizeieinsatz an der Art Basel
- Interpellation Sibel Arslan betreffend Polizeieinsatz auf dem Messeplatz
- Interpellation Michael Wüthrich betr. Nutzung des Messeplatzes
- Interpellation Eric Weber betreffend heftiger Angriff auf Zivilfahnder

Nach § 40 AB entscheidet der Grosse Rat bei der Behandlung der Tagesordnung ohne Diskussion mit Zweidrittelmehr, ob dem Dringlichkeitsbegehren stattgegeben wird. Eine dringliche Interpellation muss in der gleichen Sitzung mündlich beantwortet werden. Wenn Sie der Dringlichkeit zustimmen, werden die Interpellationen auf morgen Donnerstag 09.00 Uhr terminiert.

Abstimmung

Dringlichkeit der Interpellation Tanja Soland betreffend Polizeieinsatz an der Art Basel.

JA heisst Dringlichkeit, NEIN heisst keine Dringlichkeit.

Ergebnis der Abstimmung

77 Ja, 5 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 176, 26.06.13 09:06:46]

Der Grosse Rat beschliesst

die Interpellation Tanja Soland betreffend Polizeieinsatz an der Art Basel als Dringliche Interpellation auf die Tagesordnung zu setzen.

Abstimmung

Dringlichkeit der Interpellation Sibel Arslan betreffend Polizeieinsatz auf dem Messeplatz.

JA heisst Dringlichkeit, NEIN heisst keine Dringlichkeit.

Ergebnis der Abstimmung

57 Ja, 21 Nein, 3 Enthaltungen. [Abstimmung # 177, 26.06.13 09:07:22]

Der Grosse Rat beschliesst

die Interpellation Sibel Arslan betreffend Polizeieinsatz auf dem Messeplatz als Dringliche Interpellation auf die Tagesordnung zu setzen.

Conradin Cramer, Grossratspräsident: Die Interpellationen Tanja Soland und Sibel Arslan werden morgen von RR Baschi Dürr gemeinsam beantwortet.

Abstimmung

Dringlichkeit der Interpellation Michael Wüthrich betreffend Nutzung des Messeplatzes.

JA heisst Dringlichkeit, NEIN heisst keine Dringlichkeit.

Ergebnis der Abstimmung

55 Ja, 26 Nein, 3 Enthaltungen. [Abstimmung # 178, 26.06.13 09:08:11]

Der Grosse Rat beschliesst

die Interpellation Michael Wüthrich betreffend Nutzung des Messeplatzes als Dringliche Interpellation auf die Tagesordnung zu setzen.

Abstimmung

Dringlichkeit der Interpellation Eric Weber betreffend heftiger Angriff auf Zivilfahnder.

JA heisst Dringlichkeit, NEIN heisst keine Dringlichkeit.

Ergebnis der Abstimmung

14 Ja, 51 Nein, 18 Enthaltungen. [Abstimmung # 179, 26.06.13 09:08:56]

Der Grosse Rat beschliesst

die Interpellation Eric Weber betreffend heftiger Angriff auf Zivilfahnder nicht auf die Tagesordnung zu setzen.

Eric Weber (fraktionslos): beantragt, die Nachmittagssitzung vom 27. Juni 2013 ausfallen zu lassen.

Der Präsident spricht einen **Ordnungsruf** gegen Eric Weber aus.

Abstimmung

Antrag Eric Weber (Absage Nachmittagssitzung 27. Juni)

JA heisst Zustimmung zum Antrag, NEIN heisst Ablehnung

Ergebnis der Abstimmung

1 Ja, 75 Nein. [Abstimmung # 180, 26.06.13 09:11:48]

Der Grosse Rat beschliesst

den Antrag **abzulehnen**.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, **die bereinigte Tagesordnung zu genehmigen**.

2. Entgegennahme der neuen Geschäfte

[26.06.13 09:12:01, ENG]

Zuweisungen

Das Ratsbüro beantragt, das Geschäft Nr. 29 im Geschäftsverzeichnis, das Schreiben des Regierungsrates betreffend IWB Industrielle Werke Basel: Information über die Rechnung 2012 (13.0511.01) der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission zuzuweisen und nicht nur, wie im Geschäftsverzeichnis aufgeführt, zur Kenntnis zu nehmen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, das Schreiben 13.0511.01 der Umwelt-, Verkehrs- und Energiekommission zuzuweisen.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, **die Zuweisungen** gemäss Verzeichnis der neuen Geschäfte (Anhang B zu diesem Protokoll) **zu genehmigen**.

Kenntnisnahmen

Der Grosse Rat nimmt Kenntnis

von folgenden Geschäften:

- Jahresbericht 2012 der Interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommission (IGPK) der Interkantonalen Polizeischule Hitzkirch (IPH) (IGPK IPH, 13.5229.01)
- Schreiben des Regierungsrates betreffend Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend Verkauf von Nitoba-Lösli durch Schüler während der Schulzeit (ED, 13.5163.02)
- Schreiben des Regierungsrates betreffend Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend Schulwahl als Statuskampf - selbst Linke wollen ihre Kinder nicht im Kleinbasel in die Schule schicken (ED, 13.5086.02)
- Schreiben des Regierungsrates betreffend Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend Sozialtourismus bekämpfen, was unternimmt Basel (WSU, 13.5160.02)
- Schreiben des Regierungsrates betreffend Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend Surprise, das Strassenmagazin und ev. Unregelmässigkeiten (WSU, 13.5167.02)

- Schreiben des Regierungsrates betreffend Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend Betrug beim Amt für Sozialbeiträge durch Türken (WSU, 13.5085.02)
- Schreiben des Regierungsrates betreffend Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend Grossräte, die arbeitslos oder krank sind - Unterstützung durch den Kanton Basel-Stadt - wie viel wird vom Grossrats-Geld abgezogen? (WSU, 13.5089.02)
- Schreiben des Regierungsrates betreffend Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend Mord an rund 450'000 Versuchs-Tieren in Basel - und dies pro Jahr (GD, 13.5116.02)
- Schreiben des Regierungsrates betreffend Schriftliche Kerstin Wenk betreffend der Crowdfunding Plattform wemakeit.ch (PD, 13.5077.02)
- Schreiben des Regierungsrates betreffend Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend Basel als Kulturhauptstadt Europas 2020 (PD, 13.5120.02)
- Schreiben des Regierungsrates betreffend Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend Gültigkeit islamischer Heiratsvorschriften in Basel (PD, 13.5087.02)
- Schreiben des Regierungsrates betreffend Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend grosse Sorgen bei den Mitarbeitern im Kunstmuseum Basel - wie geht es weiter? (PD, 13.5096.02)
- Schreiben des Regierungsrates betreffend Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend Personenschutz für RR Eymann (JSD, 13.5065.02)
- Schreiben des Regierungsrates betreffend Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend Skandal-Preise bei den Basler Fähren (JSD, 13.5068.02)
- Schreiben des Regierungsrates betreffend Schriftliche Patrick Hafner betreffend korrekte Vergabe von Lotteriefondsgeldern? (JSD, 13.5073.02)
- Schreiben des Regierungsrates betreffend Schriftliche Joël Thüning betreffend unbewilligter Abstimmungsplache am Gewerkschaftshaus (BVD, 13.5082.02)
- Schreiben des Regierungsrates betreffend Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend wie viele Prostituierte arbeiten in Basel und wie wird diese Arbeit versteuert? (JSD, 13.5095.02)
- Schreiben des Regierungsrates betreffend Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend rechtlicher Sonderstatus des Badischen Bahnhofs - viele ungeklärte Fragen (BVD, 13.5113.02)
- Schreiben des Regierungsrates betreffend Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend Video-Kameras der BVB, die nicht funktionieren (BVD, 13.5117.02)
- Schreiben des Regierungsrates betreffend Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend politische Einflussnahme durch Spitex-Mitarbeiter, das ist nicht erlaubt (GD, 13.5159.02)

3. Wahl eines Mitglieds der Bau- und Raumplanungskommission (Nachfolge für Remo Gallacchi)

[26.06.13 09:12:49, WA1]

Conradin Cramer, Grossratspräsident: Gemäss § 14 der Geschäftsordnung bleibt die Fraktionszusammensetzung der Kommissionen während der gesamten Amtsdauer unverändert. Es sind deshalb nur Wahlvorschläge zulässig, welche Mitglieder der Fraktion CVP/EVP betreffen.

Für die Wahl als Mitglied der Bau- und Raumplanungskommission von der Fraktion CVP/EVP vorgeschlagen wurde Helen Schai.

Eric Weber (fraktionslos): **stellt sich zur Wahl** als Mitglied der Bau- und Raumplanungskommission.

Conradin Cramer, Grossratspräsident: Dieser Wahlvorschlag ist nicht zulässig, da gemäss § 14 der Geschäftsordnung die Fraktionszusammensetzung der Kommissionen während der gesamten Amtsdauer unverändert. Es sind deshalb nur Wahlvorschläge zulässig, welche Mitglieder der Fraktion CVP/EVP betreffen.

Abstimmung

über offene Wahl (Zweidrittelmehr).

JA heisst offene Wahl, NEIN heisst geheime Wahl.

Ergebnis der Abstimmung

79 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltung. [Abstimmung # 181, 26.06.13 09:15:03]

Der Grosse Rat beschliesst

die Wahl offen durchzuführen, soweit die gesetzlichen Voraussetzungen dazu gegeben sind.

Abstimmung

Wahl von Helen Schai

JA heisst Wahl, NEIN heisst Nichtwahl.

Ergebnis der Abstimmung

75 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltung. [Abstimmung # 182, 26.06.13 09:15:38]

Der Grosse Rat wählt

Helen Schai-Zigerlig als Mitglied der Bau- und Raumplanungskommission für den Rest der laufenden Amtsdauer.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

4. Bericht und Vorschlag zur Wahl eines Ersatzrichters am Sozialversicherungsgericht für den Rest der laufenden Amtsdauer 2010 bis 2015

[26.06.13 09:16:01, WVKo, 13.5101.02, BER]

Die Wahlvorbereitungskommission des Grossen Rates beantragt, auf den Bericht 13.5101.02 einzutreten und Peter Flubacher als Ersatzrichter am Sozialversicherungsgericht für den Rest der laufenden Amtsperiode (2010 bis 2015) zu wählen.

Voten: *Andreas Zappalà, Präsident der Wahlvorbereitungskommission*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Bericht **einzutreten**.

Eine Diskussion findet gemäss § 31 Abs. 1 der Geschäftsordnung nicht statt.

Innerhalb der gesetzlichen Frist von vier Wochen gemäss § 76 der GO sind keine weiteren Wahlvorschläge eingegangen. Damit wird die Wahl als Abstimmung über den Antrag der Wahlvorbereitungskommission durchgeführt.

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Kommission, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

77 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltung. [Abstimmung # 183, 26.06.13 09:18:07]

Der Grosse Rat beschliesst

Anstelle des auf den 31. August 2013 zurückgetretenen Daniel Pfefferli wird als Ersatzrichter am Sozialversicherungsgericht für den Rest der laufenden Amtsdauer bis 31. Dezember 2015 unter dem Vorbehalt der vorzeitigen Änderung der Rechtsgrundlagen gewählt:

Dr. med. **Peter Flubacher**, geb. 1946, 4058 Basel

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

5. Bericht der Finanzkommission zur Staatsrechnung 2012 und Mitbericht der Bildungs- und Kulturkommission zur Rechnung 2012 der fünf kantonalen Museen

[26.06.13 09:18:30, FKom BKK, FD, 13.5233.01, HGR]

Die Finanzkommission des Grossen Rates beantragt, die Staatsrechnung 2012 zu genehmigen.

Conradin Cramer, Grossratspräsident: gibt den Ablauf der Beratung der Staatsrechnung bekannt:

Zuerst erfolgt eine allgemeine Debatte über den Bericht der Finanzkommission Seiten 1 - 28 und die Staatsrechnung, in welcher zunächst der Präsident der Finanzkommission das Wort erhält. Danach spricht der Referent der BKK, welche einen Mitbericht zu den kantonalen Museen verfasst hat. Seitens der übrigen Sachkommissionen wurden keine weiteren Mitberichte eingebracht.

Nach den Kommissionen sprechen die Finanzdirektorin und der Vorsteher des "Kulturdepartements", anschliessend die Fraktionen (je maximal 10 Minuten) und dann die Einzelvotierenden (je maximal 5 Minuten). Das erste Schlusswort zum Eintreten haben die beiden Mitglieder des Regierungsrates, das zweite Schlusswort hätte nochmals der Referent der BKK und das ultimative Schlusswort wieder der Präsident der Finanzkommission.

Nach dem Eintreten folgt eine departementsweise Detailberatung.

Am Schluss folgt dann die formelle Beratung des Genehmigungsantrages auf Seite 38 des Berichts und die Schlussabstimmung.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, wie vom Präsidium vorgeschlagen vorzugehen.

Eintretensdebatte

Voten: *Patrick Hafner, Präsident der Finanzkommission; Ernst Mutschler, Referent der Bildungs- und Kulturkommission; RR Eva Herzog, Vorsteherin des Finanzdepartementes (FD)*

Fraktionsvoten

Voten: *Dieter Werthemann (GLP); Patrizia Bernasconi (GB); Christine Wirz (LDP); Michel Rusterholtz (SVP); Andreas Zappalà (FDP); Remo Gallacchi (CVP/EVP); Stephan Luethi (SP)*

Einzelvoten

Voten: *Martina Bernasconi (GLP)*

Schlussvoten

Voten: *RR Eva Herzog, Vorsteherin des Finanzdepartementes (FD); Patrick Hafner, Präsident der Finanzkommission*

Conradin Cramer, Grossratspräsident: damit ist die Eintretensdebatte abgeschlossen. Eintreten ist von Gesetzes wegen erforderlich, Rückweisung wurde nicht beantragt.

Wir kommen damit zur Detailberatung. Bei jedem Departement erhalten zuerst die zuständige Vorsteherin oder der zuständige Vorsteher des jeweiligen Departements das Wort, dann allfällige Fraktionsvotierende, danach Einzelvotierende, und schliesslich nochmals die Vertreterin oder der Vertreter des Regierungsrates.

Der Grosse Rat

tritt von Gesetzes wegen auf den Bericht der Finanzkommission ein.

Detailberatung

Präsidialdepartement

keine Wortmeldungen.

Bau- und Verkehrsdepartement

keine Wortmeldungen.

Erziehungsdepartement

keine Wortmeldungen.

Finanzdepartement

keine Wortmeldungen.

Gesundheitsdepartement

keine Wortmeldungen.

Justiz- und Sicherheitsdepartement

keine Wortmeldungen.

Departement für Wirtschaft, Soziales und Umwelt

keine Wortmeldungen.

Gerichte

keine Wortmeldungen.

Parlament

keine Wortmeldungen.

Regierungsrat

keine Wortmeldungen.

Detailberatung

Mitbericht der Bildungs- und Kulturkommission

keine Wortmeldungen.

Die Finanzkommission beantragt dem Grossen Rat, die Staatsrechnung 2012 zu genehmigen.

Schlussabstimmung

JA heisst Genehmigung der Rechnung, NEIN heisst Nichtgenehmigung.

Ergebnis der Abstimmung

74 Ja, 1 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 184, 26.06.13 10:34:19]

Der Grosse Rat beschliesst

unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Die Staatsrechnung 2012 des Kantons Basel-Stadt, bestehend aus der Laufenden und der Investitionsrechnung 2012 sowie der Bestandesrechnung per 31. Dezember 2012, wird wie folgt genehmigt:

Laufende Rechnung

Ordentlicher Aufwand	CHF	3'839'425'053
Ordentlicher Ertrag	CHF	4'022'438'837
Ordentliches Ergebnis (Ertragsüberschuss)	CHF	183'013'784

Investitionsrechnung

Ausgaben	CHF	623'839'446
Einnahmen	CHF	51'003'301
Saldo Investitionsrechnung	CHF	572'836'145

Bilanz

Total Finanzvermögen (inklusive Vorschuss für Spezialfinanzierung)	CHF	3'116'337'592
Total Verwaltungsvermögen	CHF	3'574'273'213
Total Aktiven	CHF	6'690'610'805
Total Fremdkapital	CHF	5'033'714'929
Total Eigenkapital	CHF	1'656'895'876
Total Passiven	CHF	6'690'610'805

Der Anhang zur Jahresrechnung (Kapitel 3.6 Jahresberichts) wird genehmigt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

6. Bericht der Bildungs- und Kulturkommission zum Ratschlag 12.2027.01 für die Projektierung des Neubaus Naturhistorisches Museum beim Bahnhof St. Johann und zum Ratschlag Nr. 12.2028.01 für die Projektierung des Neubaus Staatsarchiv beim Bahnhof St. Johann

[26.06.13 10:34:40, BKK, BVD, 12.2027.02 12.2028.02, BER]

Die Bildungs- und Kulturkommission des Grossen Rates beantragt, auf den Bericht 12.2027.02 einzutreten und den vorgelegten Beschlussentwürfen zuzustimmen.

Voten: *Oswald Inglin, Präsident der Bildungs- und Kulturkommission; Regierungspräsident Guy Morin, Vorsteher des Präsidentsdepartementes (PD)*

Fraktionsvoten

Voten: *Joël Thüring (SVP)*

Zwischenfrage

Voten: *Heiner Vischer (LDP); Joël Thüring (SVP)*

Voten: *Christine Wirz (LDP); Martina Bernasconi (GLP); Andrea Bollinger (SP); Annemarie Pfeifer (CVP/EVP); Heidi Mück (GB); Ernst Mutschler (FDP)*

Einzelvoten

Voten: *Heiner Vischer (LDP); Urs Müller (GB); Eric Weber (fraktionslos)*

Schlussvoten

Voten: *Regierungspräsident Guy Morin, Vorsteher des Präsidentsdepartementes (PD); RR Hans-Peter Wessels, Vorsteher des Bau- und Verkehrsdepartementes (BVD); Oswald Inglin, Präsident der Bildungs- und Kulturkommission*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Bericht **einzutreten**.

Detailberatung

Grossratsbeschluss 1, Projektierung des Neubaus Naturhistorisches Museum

Titel und Ingress, wird formell angepasst

Einziger Absatz mit Alinea 1 und 2

Publikations- und Referendums Klausel

Schlussabstimmung

Grossratsbeschluss 1, Projektierung des Neubaus Naturhistorisches Museum
JA heisst Zustimmung zum Antrag der Kommission, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

65 Ja, 11 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 185, 26.06.13 11:44:10]

Der Grosse Rat beschliesst

unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Für die Projektierung des Neubaus für das Naturhistorische Museum Basel NMB werden zu Lasten der Rechnungen 2013 bis 2014 einmalige Ausgaben von gesamthaft CHF 7'000'000 bewilligt. Diese Ausgaben teilen sich wie folgt auf:

- CHF 5'800'000 zu Lasten der Investitionsrechnung, Investitionsbereich "Hochbauten im Verwaltungsvermögen", Finanzdepartement, Immobilien Basel-Stadt (Investition: Immobilien Basel-Stadt, Index 101.3 Punkte, Stand April 2012, BINW, Okt. 2010 = 100)
- CHF 1'200'000 zu Lasten der Erfolgsrechnung, Planungspauschale des Finanzdepartements, Immobilien Basel-Stadt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er untersteht dem Referendum.

Detailberatung

Grossratsbeschluss 2, Projektierung des Neubaus Staatsarchiv

Titel und Ingress, wird formell angepasst

Einziger Absatz mit Alinea 1 und 2

Publikations- und Referendums Klausel

Schlussabstimmung

Grossratsbeschluss 2, Projektierung des Neubaus Staatsarchiv

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Kommission, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

69 Ja, 11 Nein, 1 Enthaltung. [Abstimmung # 186, 26.06.13 11:45:06]

Der Grosse Rat beschliesst

unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Für die Projektierung des Neubaus für das Staatsarchiv werden zu Lasten der Rechnungen 2013 bis 2014 einmalige Ausgaben von gesamthaft CHF 4'000'000 bewilligt. Diese Ausgaben teilen sich wie folgt auf

- CHF 3'150'000 zu Lasten der Investitionsrechnung, Investitionsbereich "Hochbauten im Verwaltungsvermögen - Teil Bildung", Finanzdepartement, Immobilien Basel-Stadt.
- CHF 850'000 zu Lasten der Erfolgsrechnung, Planungspauschale des Finanzdepartements, Immobilien Basel-Stadt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er untersteht dem Referendum.

**7. Bericht der Gesundheits- und Sozialkommission zum Ratschlag Nr. 12.0626.01
Revision des Staatsvertrags zwischen den Kantonen Basel-Stadt und Basel-
Landschaft über das Universitäts-Kinderspital beider Basel (Kinderspitalvertrag)
vom 16. Februar 1998 Partnerschaftliches Geschäft**

[26.06.13 11:45:18, GSK, GD, 12.0626.02, BER]

Die Gesundheits- und Sozialkommission des Grossen Rates beantragt, auf den Bericht 12.0626.02 einzutreten und dem vorgelegten Beschlussentwurf zuzustimmen.

Voten: *Beatriz Greuter, Präsidentin der Gesundheits- und Sozialkommission*

Fraktionsvoten

Voten: *Rolf von Aarburg (CVP/EVP)*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Bericht **einzutreten**.

Detailberatung

Titel und Ingress

Ziffer 1, Genehmigung des Staatsvertrags

Ziffer 2, Partnerschaftsvorbehalt

Publikations- und Referendums Klausel

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Kommission, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

73 Ja, 1 Nein. [Abstimmung # 187, 26.06.13 11:56:04]

Der Grosse Rat beschliesst

unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

1. Der Staatsvertrag zwischen den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft über das Universitäts-Kinderspital beider Basel (Kinderspitalvertrag) vom 22. Januar 2013 wird genehmigt.

2. Dieser Beschluss gilt unter Vorbehalt eines gleichlautenden Beschlusses des Landrates des Kantons Basel-Landschaft.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er unterliegt dem Referendum.

Der Wortlaut des Staatsvertrags ist im Kantonsblatt Nr. 49 vom 29. Juni 2013 wiedergegeben.

Schluss der 16. Sitzung

11:56 Uhr

Beginn der 17. Sitzung

Mittwoch, 26. Juni 2013, 15:00 Uhr

Tagesordnung

Conradin Cramer, Grossratspräsident: ich beantrage Ihnen im Einvernehmen mit den zuständigen Kommissionspräsidenten und dem Vorsteher des BVD den Bericht der Bau- und Raumplanungskommission zum Ratschlag Nr. 12.0254.03 betreffend Kantonale Initiative "CentralParkBasel" auf morgen Donnerstag, 27. Juni 2013, nach den Dringlichen Interpellationen (terminiert auf 09.00 Uhr) zu terminieren. Da es sich um eine nachträgliche Änderung der Tagesordnung handelt, ist die Zustimmung eines Zweidrittelmehrs erforderlich.

Abstimmung

Terminierung des Geschäftes Nr. 35 ("CentralParkBasel") auf 27. Juni 2013, vormittags (Zweidrittelmehr).

JA heisst Zustimmung zur Terminierung, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

56 Ja, 1 Nein, 1 Enthaltung. [Abstimmung # 188, 26.06.13 15:01:37]

Der Grosse Rat beschliesst

den Bericht der BRK betreffend Kantonale Initiative "CentralParkBasel" auf Donnerstag, 27. Juni 2013, nach den Dringlichen Interpellationen (terminiert auf 09.00 Uhr) zu terminieren.

8. Ratschlag betreffend die Ausrichtung von Betriebskostenbeiträgen an BaselArea - Wirtschaftsförderung Basel-Stadt und Basel-Landschaft für die Jahre 2014 bis 2017

[26.06.13 15:01:53, WAK, WSU, 13.0647.01, RAT]

Der Regierungsrat und die Wirtschafts- und Abgabekommission des Grossen Rates beantragen, auf den Ratschlag 13.0647.01 einzutreten und Staatsbeiträge in der Höhe von insgesamt CHF 3'030'000 zu bewilligen.

Conradin Cramer, Grossratspräsident: Sie haben bei der Genehmigung der Tagesordnung das Geschäft auf heute Nachmittag 15.00 Uhr terminiert.

Voten: *Christophe Haller, Präsident der Wirtschafts- und Abgabekommission*

Fraktionsvoten

Voten: *Lukas Engelberger (CVP/EVP)*

Schlussvoten

Voten: *RR Christopf Brutschin, Vorsteher des Wirtschafts-, Sozial- und Umweltdepartementes (WSU)*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Ratschlag **einzutreten**.

Detailberatung

Titel und Ingress

Ziffer 1, Bewilligung von Ausgaben

Ziffer 2, Vorbehalt der Zustimmung durch den Kanton Basel-Landschaft

Publikations- und Referendums Klausel

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag des Regierungsrates, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

79 Ja, 1 Nein. [Abstimmung # 189, 26.06.13 15:11:48]

Der Grosse Rat beschliesst

unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

1. Für BaselArea - Wirtschaftsförderung Basel-Stadt und Basel-Landschaft werden für die Jahre 2014-2017 Ausgaben in der Höhe von maximal CHF 3'030'000 (CHF 757'500 pro Jahr), nicht indexiert, betreffend die Erfüllung der vertraglich vereinbarten Leistungen bewilligt.

2. Dieser Beschluss steht unter dem Vorbehalt, dass in beiden Basel die Kantone und die jeweils mitfinanzierenden Verbände insgesamt einen gleich hohen Beitrag leisten.

Dieser Beschluss ist zu publizieren. Er untersteht dem Referendum.

Tagesordnung

Urs Müller-Walz (GB) **beantragt**, die Geschäfte 17 - 23, also die Geschäfte des BVD, ebenfalls auf Donnerstagmorgen nach der Beratung des Geschäftes 35 zu terminieren.

Abstimmung

Antrag Urs Müller-Walz, die Geschäfte 17 - 23 auf Donnerstagmorgen zu terminieren (Zweidrittelmehr).

JA heisst Zustimmung zur Terminierung, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

44 Ja, 28 Nein, 4 Enthaltungen. [Abstimmung # 190, 26.06.13 15:13:35]

Der Grosse Rat beschliesst

den Antrag zur Terminierung **abzulehnen**.

Das Zweidrittelmehr zur Änderung der Tagesordnung ist nicht zustande gekommen.

9. Bericht der Bildungs- und Kulturkommission zum Ratschlag 13.0334.01 Änderung des Schulgesetzes betreffend Zulassungsbeschränkungen, Ausschluss vom Schuldienst, staatliche Schulsynode und weitere Anpassungen sowie zur Motion Martina Bernasconi und Konsorten zur Änderung des Schulgesetzes § 86 Aufgaben der Schulkommissionen

[26.06.13 15:13:52, BKK, ED, 13.0334.02 12.5152.04, BER]

Die Bildungs- und Kulturkommission des Grossen Rates beantragt, auf den Bericht 13.0334.02 einzutreten und dem vorgelegten Beschlusssentwurf zuzustimmen.

Voten: *Oswald Inglin, Präsident der Bildungs- und Kulturkommission*

Fraktionsvoten

Voten: *Christine Wirz (LDP); Martina Bernasconi (GLP); Heidi Mück (GB); Sibylle Benz (SP)*

Einzelvoten

Voten: *Dominique König (SP)*

Michael Wüthrich (GB): beantragt, § 75 Abs. 4 nicht aufzuheben.

Voten: *Heidi Mück (GB); Ernst Mutschler (FDP); Dominique König (SP); RR Christoph Eymann, Vorsteher des Erziehungsdepartementes (ED); Oswald Inglin, Präsident der Bildungs- und Kulturkommission*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Bericht **einzutreten**.

Detailberatung

Titel und Ingress

Römisch I. Schulgesetz

Titel vor § 34

§ 35

Titel vor § 41 und in § 41

§ 52a (neu)

§ 58 Abs. 4

§ 61 Abs. 2

§ 62 Abs. 1

§ 66 Abs. 1

§ 66 Abs. 5

§ 74 Abs. 2 lit. a, b und r

§ 74 Abs. 2 lit. k^{bis} (neu)

§ 75 Abs. 4

Antrag

Michael Wüthrich **beantragt**, § 75 Abs. 4 nicht aufzuheben,

Die Kommission und der Regierungsrat **beantragen**, § 75 Abs. 4 aufzuheben.

Abstimmung

Antrag Michael Wüthrich zur Beibehaltung von § 75 Abs. 4

JA heisst Zustimmung zum Antrag Wüthrich, NEIN heisst Ablehnung

Ergebnis der Abstimmung

11 Ja, 68 Nein, 5 Enthaltungen. [Abstimmung # 191, 26.06.13 16:11:08]

Der Grosse Rat beschliesst

den Antrag Michael Wüthrich **abzulehnen**.

Detailberatung

§ 76

§ 79 Abs. 3

§ 79 Abs. 8 und § 79b Abs. 1 lit. c

§ 79a Abs. 1, Satz 1

§ 79c Abs. 2 Ziff. 1

§ 80 Abs. 1

§ 85 Abs. 4 und 5

§ 86 Abs. 1

§ 86 Abs. 2 Ziff. 1, 5 und 8

§ 86 Abs. 2 Ziff. 7 und 9 werden aufgehoben

§§ 87c und 88 samt Titel

§§ 88^{bis} und 88^{ter} (neu)

§ 91, Abs. 4, 5, 8 lit. c

§ 91a, Abs. 2 lit. c, Abs. 5

Titel IV. vor § 92

§ 92 Abs. 1

Titel vor § 93 und § 93 Abs. 2^{bis}

§ 93, Abs. 2 und 3

§ 94

Titel vor § 96 wird aufgehoben.

§ 96

§ 97bis samt Titel 3a. (neu)

Titel vor § 97b

Titel 6. vor § 98

Titel 7. vor § 99 wird aufgehoben.

§§ 98 und 99

§ 101 Abs. 1

§ 101 Abs. 5

§ 101 Abs. 6 (neu)

§ 111

Titel vor § 113 und § 113 Abs. 1

§ 114, Abs. 1 und 2

§ 117

Titel vor § 122, §§ 122-125 und 127

§ 128

Titel vor § 140

§ 140

§§ 141 und 142

§ 143.

§ 146.

Wirksamkeitsbestimmungen

Römisch II. Änderung des Grossratsbeschlusses vom 19. Mai 2010

§ 2.

Titel vor § 34

§§ 41 und 67b

Wirksamkeitsbestimmungen

Römisch III. Schlussbestimmung

Publikations- und Referendumsklausel

Vorbehaltene Wirksamkeitsbestimmungen

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Kommission, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

75 Ja, 3 Nein, 5 Enthaltungen. *[Abstimmung # 192, 26.06.13 16:14:26]*

Der Grosse Rat beschliesst

unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

I.

Der Änderung des Schulgesetzes wird zugestimmt.

Die Änderungen von §§ 52a und 66 Abs. 1 und 5 werden sofort nach Eintritt der Rechtskraft wirksam.

Die Änderung von § 101 wird am 1. August 2013 wirksam.

Die Änderungen in Titel (1.1.)G. vor § 34 und in § 35 werden für die Schuljahre 2013/14 und 2014/15 am 12. August 2013 wirksam.

Die Änderung von § 75 wird am 1. August 2015 wirksam.

Die weiteren Änderungen werden auf Beginn des Schuljahres 2013/14 am 12. August 2013 wirksam.

II.

Der Änderung des Grossratsbeschlusses vom 19. Mai 2010 betreffend die Änderung des Schulgesetzes, publiziert am 22. Mai 2010, wird zugestimmt.

Die Änderung von § 2 wird per Schuljahr 2013/14 am 12. August 2013 wirksam unter der Massgabe, dass für die Schülerinnen und Schüler mit den Schullaufbahnen nach § 1 lit. a und b der Übergangsverordnung Schulharmonisierung vom 31. Januar 2012 die bisherigen Bestimmungen wirksam bleiben.

Die Änderung des Titels (I.1.)G. vor § 34 wird auf Beginn des Schuljahres 2015/16 am 17. August 2015 wirksam.

Die Änderung von § 41 wird auf Beginn des Schuljahres 2018/19 am 13. August 2018 wirksam.

Die Änderung von § 67b wird auf Beginn des Schuljahres 2015/16 am 17. August 2015 wirksam, unter der Massgabe, dass für die Schülerinnen und Schüler der WBS die bisherigen Bestimmungen bis zum Ende des Schuljahres 2016/17 gültig bleiben.

III.

Diese Änderung ist zu publizieren. Sie unterliegt dem Referendum.

Sollten aufgrund eines allfällig erhobenen Referendums die Wirksamkeitstermine nach Ziff. I und II nicht eingehalten werden können, bestimmt im Falle der Annahme der Vorlage der Regierungsrat den Zeitpunkt der Wirksamkeit.

Der vollständige Beschluss ist im Kantonsblatt Nr. 49 vom 29. Juli 2013 publiziert.

Der Regierungsrat und die Kommission beantragen, die Motion Martina Bernasconi und Konsorten zur Änderung des Schulgesetzes § 86 Aufgaben der Schulkommissionen (12.5152) als erledigt abzuschreiben.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Motion **abzuschreiben**.

Die Motion 12.5152 ist **erledigt**.

10. Ausgabenbericht betreffend 500 Jahre Basler Rathaus

[26.06.13 16:14:52, BKK, PD, 13.0559.01, ABE]

Der Regierungsrat und die Bildungs- und Kulturkommission des Grossen Rates beantragen, auf den Ausgabenbericht 13.0559.01 einzutreten und Ausgaben in der Höhe von insgesamt CHF 570'000 zu bewilligen.

Voten: *Oswald Inglin, Präsident der Bildungs- und Kulturkommission*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, auf den Ausgabenbericht **einzutreten**.

Detailberatung

Titel und Ingress

Einziges Ziffer

Publikationsklausel

Schlussabstimmung

JA heisst Zustimmung zum Antrag der Kommission, NEIN heisst Ablehnung.

Ergebnis der Abstimmung

64 Ja, 1 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 193, 26.06.13 16:21:02]

Der Grosse Rat beschliesst

unter Verzicht auf eine zweite Lesung:

Für die Feier des 500jährigen Jubiläums des Basler Rathauses werden einmalige Ausgaben in der Höhe von CHF 570'000 bewilligt.

Dieser Beschluss ist zu publizieren.

11. Bericht der Petitionskommission zur Petition P308 "Hunde sollen R(h)ein dürfen"

[26.06.13 16:21:08, PetKo, 12.1670.02, PET]

Die Petitionskommission beantragt, die Petition P308 "Hunde sollen R(h)ein dürfen" (12.1670) zur abschliessenden Behandlung an den Regierungsrat zu überweisen.

Voten: *Brigitta Gerber, Präsidentin der Petitionskommission; Elisabeth Ackermann (GB)*

Der Grosse Rat

tritt von Gesetzes wegen auf den Bericht **ein**.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Petition P308 "Hunde sollen R(h)ein dürfen" (12.1670) zur abschliessenden Behandlung an den Regierungsrat zu **überweisen**.

12. Bericht der Petitionskommission zur Petition P309 "Gebt die Claramatte den Kindern zurück"

[26.06.13 16:28:32, PetKo, 12.1723.02, PET]

Die Petitionskommission beantragt, die Petition P309 "Gebt die Claramatte den Kindern zurück" (12.1723) als erledigt zu erklären.

Voten: *Brigitta Gerber, Präsidentin der Petitionskommission; Samuel Wyss (SVP)*

Zwischenfrage

Voten: *Jürg Meyer (SP)*

Samuel Wyss (SVP): **beantragt**, die Petition dem Regierungsrat zur abschliessenden Erledigung zu überweisen.

Voten: *Anita Lachenmeier (GB); Samuel Wyss (SVP)*

Schlussvoten

Voten: *Brigitta Gerber, Präsidentin der Petitionskommission*

Der Grosse Rat

tritt von Gesetzes wegen auf den Bericht **ein**.

Abstimmung

JA heisst Erledigterklärung, NEIN heisst Überweisung an den Regierungsrat

Ergebnis der Abstimmung

62 Ja, 12 Nein, 1 Enthaltung. [*Abstimmung # 194, 26.06.13 16:37:02*]

Der Grosse Rat beschliesst

die Petition als erledigt zu erklären.

Die Petition P309 (12.1723) ist **erledigt**.

13. Bericht der Petitionskommission zur Petition P312 "Schluss mit der ungerechten Abzockerei - Nein zu Parkgebühren für Motorräder und Roller!"

[*26.06.13 16:37:11, PetKo, 13.5093.02, PET*]

Die Petitionskommission beantragt, die Petition P312 "Schluss mit der ungerechten Abzockerei - Nein zu Parkgebühren für Motorräder und Roller!" (13.5093) als erledigt zu erklären.

Voten: *Brigitta Gerber, Präsidentin der Petitionskommission*

Der Grosse Rat

tritt von Gesetzes wegen auf den Bericht **ein**.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Petition als erledigt zu erklären.

Die Petition P312 (13.5093) ist **erledigt**.

14. Schreiben des Ratsbüros zum Anzug Dominique König-Lüdin und Konsorten betreffend Fristenregelung zur Beantwortung von Anzügen

[26.06.13 16:39:00, Ratsbüro, 12.5149.02, SAA]

Das Ratsbüro beantragt, den Anzug 12.5149 abzuschreiben.

Voten: *Christian Egeler, Statthalter*

Dominique König (SP): beantragt, den Anzug **stehen zu lassen**.

Voten: *Christian Egeler, Statthalter*

Abstimmung

JA heisst Abschreibung, NEIN heisst Stehenlassen.

Ergebnis der Abstimmung

37 Ja, 34 Nein, 1 Enthaltung. [Abstimmung # 195, 26.06.13 16:46:12]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 12.5149 ist **erledigt**.

15. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Ursula Metzger und Konsorten zur Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für die einheitliche Regelung des Dolmetscherwesens an den Basler Gerichten und Behörden

[26.06.13 16:46:22, PD, 10.5260.03, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 10.5260 abzuschreiben.

Ursula Metzger (SP): beantragt, den Anzug **stehen zu lassen**.

Voten: *David Jenny (FDP); Brigitta Gerber (GB); Sebastian Frehner (SVP)*

Abstimmung

JA heisst Abschreibung, NEIN heisst Stehenlassen.

Ergebnis der Abstimmung

31 Ja, 40 Nein, 1 Enthaltung. [Abstimmung # 196, 26.06.13 16:51:22]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug 10.5260 **stehen zu lassen**.

16. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Beat Fischer und Konsorten betreffend Förderung der Freiwilligenarbeit in der Verwaltung

[26.06.13 16:51:34, PD, 11.5085.02, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 11.5085 abzuschreiben.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 11.5085 ist **erledigt**.

17. Beantwortung der Interpellation Nr. 27 Jürg Meyer betreffend Verlegung der Meldestelle für Todesfälle von der Rittergasse 11 im Zentrum der Stadt an die Hörnliallee 70 ab 1. Januar 2014

[26.06.13 16:51:57, BVD, 13.5180.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Voten: *Jürg Meyer (SP)*

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **nicht befriedigt**.

Die Interpellation 13.5180 ist **erledigt**.

18. Beantwortung der Interpellation Nr. 29 Elisabeth Ackermann betreffend unterirdische Ringautobahn

[26.06.13 16:54:47, BVD, 13.5183.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Voten: *Elisabeth Ackermann (GB)*

Die Interpellantin erklärt sich von der Antwort **nicht befriedigt**.

Die Interpellation 13.5183 ist **erledigt**.

19. Beantwortung der Interpellation Nr. 32 Urs Müller-Walz betreffend Investition Margarethenstich und Durchmesserlinie via Bahnhof SBB zum Badischen Bahnhof

[26.06.13 16:58:18, BVD, 13.5188.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Voten: *Urs Müller (GB); RR Carlo Conti, Vorsteher des Gesundheitsdepartementes (GD)*

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **nicht befriedigt**.

Die Interpellation 13.5188 ist **erledigt**.

20. Beantwortung der Interpellation Nr. 35 Thomas Gander betreffend Projektwettbewerb "Umgestaltung Landhof-Areal"

[26.06.13 17:04:36, BVD, 13.5205.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Voten: *Thomas Gander (SP)*

Der Interpellant erklärt sich von der Antwort **teilweise befriedigt**.

Die Interpellation 13.5205 ist **erledigt**.

21. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Christian Egeler und Konsorten betreffend Berücksichtigung externer Effekte bei Bauvorhaben im öffentlichen Raum

[26.06.13 17:07:55, BVD, 11.5336.02, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 11.5336 abzuschreiben.

Urs Schweizer (FDP): beantragt, den Anzug stehen zu lassen.

Abstimmung

JA heisst Abschreibung, NEIN heisst Stehenlassen.

Ergebnis der Abstimmung

42 Ja, 27 Nein, 4 Enthaltungen. [Abstimmung # 197, 26.06.13 17:13:33]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 11.5336 ist **erledigt**.

22. Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Heidi Mück und Konsorten betreffend Änderung des Beschaffungsgesetzes: Senkung des Anteils der öffentlichen Hand für die Unterstellung unter das Gesetz

[26.06.13 17:13:46, BVD, 12.5376.02, SMO]

Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion 12.5376 rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen.

Thomas Strahm (LDP): beantragt Nichtüberweisung.

Voten: *Lukas Engelberger (CVP/EVP); Heidi Mück (GB)*

Zwischenfrage

Voten: *Lukas Engelberger (CVP/EVP); Heidi Mück (GB)*

Voten: *Karl Schweizer (SVP); Salome Hofer (SP); Christophe Haller (FDP)*

Einzelvoten

Voten: *Urs Müller (GB)*

Zwischenfrage

Voten: *Karl Schweizer (SVP); Urs Müller (GB)*

Schlussvoten

Voten: *RR Carlo Conti, Vorsteher des Gesundheitsdepartementes (GD)*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Motion 12.5376 in einen Anzug umzuwandeln.

Schlussabstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

42 Ja, 36 Nein. [Abstimmung # 198, 26.06.13 17:37:18]

Der Grosse Rat beschliesst

den **Anzug 12.5376** dem Regierungsrat zu **überweisen**.

23. Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Dominique König-Lüdin und Konsorten betreffend Beschaffungsgesetz: Einschränkung der Weitergabe an Subunternehmen

[26.06.13 17:37:29, BVD, 12.5375.02, SMO]

Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion 12.5375 rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese nicht zu überweisen.

Voten: *Thomas Strahm (LDP); Lukas Engelberger (CVP/EVP)*

Heidi Mück (GB): beantragt Überweisung als Anzug.

Voten: *Karl Schweizer (SVP); Dominique König (SP)*

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, die Motion 12.5375 in einen Anzug umzuwandeln.

Schlussabstimmung

JA heisst Überweisung als Anzug, NEIN heisst Nichtüberweisung.

Ergebnis der Abstimmung

42 Ja, 36 Nein, 1 Enthaltung. [Abstimmung # 199, 26.06.13 17:54:20]

Der Grosse Rat beschliesst

den **Anzug 12.5375** dem Regierungsrat zu **überweisen**.

24. Beantwortung der Interpellation Nr. 36 Remo Gallacchi betreffend Ausbildungs- und Forschungsreaktor der Uni Basel

[26.06.13 17:54:29, ED, 13.5206.02, BIN]

Der Regierungsrat hat die Interpellation schriftlich beantwortet.

Der Interpellant ist abwesend.

Die Interpellation 13.5206 ist **erledigt**.

25. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Mustafa Atici betreffend Absichtserklärung zur Zusammenarbeit zwischen Schule und Eltern

[26.06.13 17:54:48, ED, 11.5068.02, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 11.5068 abzuschreiben.

Der Grosse Rat beschliesst

stillschweigend, den Anzug **abzuschreiben**.

Der Anzug 11.5068 ist **erledigt**.

26. Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Stephan Luethi-Brüderlin und Konsorten betreffend Platzsituation Kindergärten

[26.06.13 17:55:10, ED, 10.5353.02, SAA]

Der Regierungsrat beantragt, den Anzug 10.5353 abzuschreiben.

Stephan Luethi (SP): beantragt, den Anzug **stehen zu lassen**.

Voten: *RR Christoph Eymann, Vorsteher des Erziehungsdepartementes (ED)*

Abstimmung

JA heisst Abschreibung, NEIN heisst Stehenlassen.

Ergebnis der Abstimmung

30 Ja, 42 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 200, 26.06.13 18:01:14]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug 10.5353 **stehen zu lassen**.

Schluss der 17. Sitzung

18:01 Uhr

Basel, 26. Juni 2013

Anhang A: Abstimmungsergebnisse

Sitz	Abstimmungen 175 - 189	175	176	177	178	179	180	181	182	183	184	185	186	187	188	189
1	Beatriz Greuter (SP)	J	J	J	J	J	N	J	J	J	J	J	J	J	J	J
2	Sibylle Benz (SP)	A	J	J	J	E	A	J	J	J	J	J	J	J	A	J
3	Philippe Machereel (SP)	J	J	J	J	N	N	J	J	J	J	J	J	J	J	J
4	Dominique König (SP)	J	J	J	J	N	N	J	J	J	J	J	J	J	J	J
5	Ursula Metzger (SP)	J	J	J	J	N	N	J	J	J	A	J	J	J	A	J
6	Otto Schmid (SP)	J	J	J	J	N	N	J	J	J	J	J	J	J	J	J
7	Thomas Gander (SP)	J	J	J	J	E	N	J	J	J	J	J	J	J	J	J
8	René Brigger (SP)	J	J	J	J	E	N	J	J	J	J	A	A	A	J	J
9	Christophe Haller (FDP)	J	E	N	N	E	N	A	A	A	A	J	J	A	J	J
10	Ernst Mutschler (FDP)	J	J	A	N	E	N	J	J	J	J	J	J	J	A	J
11	Christoph Holenstein (FDP)	J	J	N	N	E	N	J	J	J	E	J	J	J	A	J
12	Murat Kaya (FDP)	J	J	J	E	N	N	J	J	J	J	J	J	J	A	A
13	David Jenny (FDP)	J	J	J	N	N	N	J	J	J	J	J	J	J	J	J
14	Patrick Hafner (SVP)	A	J	N	N	N	N	J	J	J	J	N	N	J	A	A
15	Lorenz Nägelin (SVP)	J	J	N	N	N	N	J	J	J	J	N	N	J	J	J
16	Roland Lindner (SVP)	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	J	J
17	Bruno Jagher (SVP)	J	J	N	N	N	N	J	J	J	J	J	J	J	J	J
18	Michael Wüthrich (GB)	J	J	J	J	N	N	J	J	J	J	E	J	J	A	A
19	Patrizia Bernasconi (GB)	J	J	J	J	N	N	J	J	J	J	J	J	J	J	J
20	Elisabeth Ackermann (GB)	J	J	J	J	N	N	J	J	J	J	J	J	J	J	J
21	Andreas Albrecht (LDP)	J	J	J	J	N	N	J	J	J	J	J	J	J	A	A
22	Patricia von Falkenstein (LDP)	J	J	J	J	N	N	J	J	J	J	J	J	J	J	J
23	Michael Koechlin (LDP)	J	J	J	J	N	N	J	J	J	J	J	J	J	J	J
24	Oswald Inglin (CVP/EVP)	A	J	J	J	N	A	A	J	A	J	J	J	J	A	J
25	Lukas Engelberger (CVP/EVP)	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	J	J
26	Aeneas Wannier (GLP)	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A
27	Dieter Werthemann (GLP)	E	N	N	N	N	N	J	J	J	J	J	J	J	J	J
28	Ruedi Rechsteiner (SP)	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A
29	Daniel Goepfert (SP)	A	J	J	J	N	N	J	J	J	J	J	J	J	A	J
30	Tobit Schäfer (SP)	J	J	J	J	J	A	A	A	A	J	J	J	J	J	J
31	Jörg Vitelli (SP)	J	J	J	J	N	N	J	J	J	J	J	J	J	A	J
32	Jürg Meyer (SP)	J	J	J	J	N	N	J	A	J	J	J	J	J	J	J
33	Brigitte Heilbronner (SP)	J	J	J	J	E	N	J	A	J	J	J	J	J	A	J
34	Andrea Bollinger (SP)	J	J	J	J	E	A	J	A	A	A	J	J	A	A	A
35	Toya Krummenacher (SP)	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A
36	Stephan Luethi (SP)	J	J	J	J	J	A	J	J	J	J	J	J	J	A	J
37	Leonhard Burckhardt (SP)	J	J	J	J	E	N	J	J	J	J	J	J	J	J	J
38	Seyit Erdogan (SP)	J	J	J	J	N	A	J	J	J	J	J	J	J	J	J
39	Danielle Kaufmann (SP)	J	J	J	J	N	N	J	J	J	J	J	J	J	J	J
40	Christian von Wartburg (SP)	J	J	J	J	N	A	J	J	A	J	J	J	J	J	J
41	Sebastian Frehner (SVP)	J	A	N	N	N	N	J	J	J	E	N	N	J	J	J
42	Alexander Gröflin (SVP)	J	J	E	E	E	N	J	J	J	J	N	N	J	A	J
43	Andreas Ungricht (SVP)	J	J	N	N	N	N	J	J	J	J	N	N	A	E	J
44	Joël Thüring (SVP)	E	J	N	N	N	N	J	J	J	J	N	N	J	J	J
45	Michel Rusterholtz (SVP)	J	J	N	N	N	A	J	J	J	J	N	N	J	J	J
46	Sibel Arslan (GB)	J	J	J	J	J	N	J	J	J	A	J	J	J	A	J
47	Brigitta Gerber (GB)	A	J	J	J	E	N	J	J	J	J	J	J	J	A	J
48	Anita Lachenmeier (GB)	A	J	J	J	N	N	J	J	J	J	J	J	J	J	J
49	Eveline Rommerskirchen (GB)	J	J	J	J	N	N	J	J	A	J	J	J	J	A	J
50	Nora Bertschi (GB)	J	J	A	J	A	N	J	J	J	J	J	J	J	A	J
51	Daniel Stolz (FDP)	J	J	J	J	J	N	J	J	J	J	J	J	J	J	J
52	Christian Egeler (FDP)	J	J	J	J	N	N	J	J	J	J	J	J	J	J	J
53	Elias Schäfer (FDP)	J	J	A	J	J	N	J	J	J	J	J	J	J	J	J
54	Christine Wirz (LDP)	J	J	J	J	N	N	J	J	J	A	J	J	J	A	J

Sitz	Abstimmungen 190 - 200	190	191	192	193	194	195	196	197	198	199	200
1	Beatriz Greuter (SP)	E	N	J	J	J	N	N	J	J	J	N
2	Sibylle Benz (SP)	J	N	J	J	J	N	N	J	J	J	N
3	Philippe Machereel (SP)	J	N	J	J	J	N	N	J	J	J	N
4	Dominique König (SP)	J	J	N	J	J	N	N	J	J	J	N
5	Ursula Metzger (SP)	J	N	J	J	J	N	N	J	J	J	N
6	Otto Schmid (SP)	J	N	J	A	J	N	N	J	J	J	N
7	Thomas Gander (SP)	E	J	J	J	J	N	N	J	J	J	N
8	René Brigger (SP)	A	N	J	A	J	N	N	J	J	J	N
9	Christophe Haller (FDP)	N	N	J	A	A	A	A	N	N	N	J
10	Ernst Mutschler (FDP)	N	N	J	J	J	J	J	N	N	N	J
11	Christoph Holenstein (FDP)	N	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A
12	Murat Kaya (FDP)	A	E	J	J	J	A	J	N	N	N	J
13	David Jenny (FDP)	N	N	J	J	J	J	J	N	N	N	J
14	Patrick Hafner (SVP)	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A
15	Lorenz Nägelin (SVP)	J	N	J	J	J	J	J	N	N	N	J
16	Roland Lindner (SVP)	J	N	J	J	A	J	J	N	N	N	J
17	Bruno Jagher (SVP)	J	N	J	J	N	J	J	N	N	N	J
18	Michael Wüthrich (GB)	J	J	N	A	J	N	N	E	J	J	N
19	Patrizia Bernasconi (GB)	J	N	J	J	J	A	A	J	J	J	N
20	Elisabeth Ackermann (GB)	J	N	J	J	J	J	N	E	J	J	N
21	Andreas Albrecht (LDP)	A	N	J	J	J	J	J	J	N	N	A
22	Patricia von Falkenstein (LDP)	N	N	J	J	A	J	J	J	N	N	J
23	Michael Koechlin (LDP)	A	N	J	J	J	J	J	J	N	N	J
24	Oswald Inglin (CVP/EVP)	J	N	J	J	J	J	J	J	N	N	J
25	Lukas Engelberger (CVP/EVP)	N	N	J	J	J	J	J	J	N	N	A
26	Aeneas Wanner (GLP)	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A
27	Dieter Werthemann (GLP)	E	E	J	J	J	J	J	E	N	N	J
28	Ruedi Rechsteiner (SP)	A	A	A	A	A	A	A	A	A	J	N
29	Daniel Goepfert (SP)	J	N	J	A	J	N	N	J	J	J	N
30	Tobit Schäfer (SP)	N	J	J	J	J	N	N	J	J	A	A
31	Jörg Vitelli (SP)	J	N	J	J	J	N	N	J	J	J	N
32	Jürg Meyer (SP)	J	N	J	J	J	J	N	J	J	J	N
33	Brigitte Heilbronner (SP)	N	N	J	J	J	N	N	J	J	J	N
34	Andrea Bollinger (SP)	J	J	E	A	J	N	N	A	J	J	N
35	Toya Kruppenacher (SP)	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A	A
36	Stephan Luethi (SP)	A	E	J	J	J	N	N	A	J	J	N
37	Leonhard Burckhardt (SP)	J	N	J	J	J	N	N	J	J	J	N
38	Seyit Erdogan (SP)	J	N	J	J	J	N	N	J	J	J	N
39	Danielle Kaufmann (SP)	J	N	J	A	J	N	N	A	A	A	A
40	Christian von Wartburg (SP)	J	N	J	J	A	N	N	A	J	J	N
41	Sebastian Frehner (SVP)	N	N	J	J	N	J	J	N	N	N	J
42	Alexander Gröflin (SVP)	J	N	J	J	N	J	J	N	N	N	J
43	Andreas Ungricht (SVP)	N	N	J	E	N	J	J	A	N	N	J
44	Joël Thüring (SVP)	N	N	J	J	N	J	J	N	N	N	J
45	Michel Rusterholtz (SVP)	J	N	J	J	N	J	J	N	N	N	J
46	Sibel Arslan (GB)	J	J	E	J	J	J	N	J	J	J	N
47	Brigitta Gerber (GB)	J	J	E	J	J	J	N	N	J	J	N
48	Anita Lachenmeier (GB)	N	N	J	J	J	N	N	N	J	J	N
49	Eveline Rommerskirchen (GB)	A	N	J	A	A	A	N	J	J	J	N
50	Nora Bertschi (GB)	J	N	J	J	J	J	N	J	J	J	N
51	Daniel Stolz (FDP)	N	N	J	J	J	J	J	A	N	N	J
52	Christian Egeler (FDP)	N	N	J	J	J	J	J	N	A	N	J
53	Elias Schäfer (FDP)	N	N	J	A	J	J	A	N	N	N	J
54	Christine Wirz (LDP)	N	N	J	J	A	A	A	A	A	A	A

Anhang B: Neue Geschäfte (Zuweisung)

Direkt auf die Tagesordnung kommen		Komm.	Dep.	Dokument
1.	Bericht und Vorschlag zur Wahl eines Ersatzrichters am Sozialversicherungsgericht für den Rest der laufenden Amtsdauer 2010 bis 2015	WVKo		13.5101.02
2.	Bericht der Bildungs- und Kulturkommission zum Ratschlag 13.0334.01 Änderung des Schulgesetzes betreffend Zulassungsbeschränkungen, Ausschluss vom Schuldienst, staatliche Schulsynode und weitere Anpassungen sowie zur Motion Martina Bernasconi und Konsorten zur Änderung des Schulgesetzes § 86 Aufgaben der Schulkommissionen	BKK	ED	13.0334.02 12.5152.04
3.	Bericht der Bildungs- und Kulturkommission zum Ratschlag 12.2027.01 für die Projektierung des Neubaus Naturhistorisches Museum beim Bahnhof St. Johann und zum Ratschlag Nr. 12.2028.01 für die Projektierung des Neubaus Staatsarchiv beim Bahnhof St. Johann	BKK	BVD	12.2027.02 12.2028.02
4.	Bericht der Petitionskommission zur Petition P308 "Hunde sollen R(h)ein dürfen"	PetKo		12.1670.02
5.	Bericht der Petitionskommission zur Petition P309 "Gebt die Claramatte den Kindern zurück"	PetKo		12.1723.02
6.	Bericht der Petitionskommission zur Petition P312 "Schluss mit der ungerechten Abzockerei - Nein zu Parkgebühren für Motorräder und Roller!"	PetKo		13.5093.02
7.	Bericht der Finanzkommission zur Staatsrechnung 2012 und Mitbericht der Bildungs- und Kulturkommission zur Rechnung 2012 der fünf kantonalen Museen	FKom BKK	FD	13.5233.01
8.	Schreiben des Ratsbüros zum Anzug Dominique König-Lüdin und Konsorten betreffend Fristenregelung zur Beantwortung von Anzügen	Ratsbüro		12.5149.02
9.	Schreiben des Regierungsrates zum Anzug Gülsen Öztürk und Konsorten betreffend Zuteilung von Notwohnungen an alleinstehende Personen		WSU	11.5086.02
Überweisung an Kommissionen				
10.	Ausgabenbericht betreffend eine Investition als einmalige Einkaufssumme im Rahmen einer Private-Public-Partnership (PPP) und Betriebsbeiträge für den eHealth-Modellversuch Basel-Stadt	GSK	GD	13.0737.01
11.	Ratschlag betreffend "OSZE-Ministerratskonferenz 2014"	FKom	PD	13.0390.01
12.	Ratschlag betreffend Änderung des Gesetzes über die Information und den Datenschutz (IDG) zwecks Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für die Bearbeitung von besonderen Personendaten im Rahmen von Pilotversuchen	JSSK	GD	13.0739.01
13.	Ratschlag betreffend Beitritt zum revidierten Konkordat über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen	JSSK	JSD	13.0847.01
14.	Ausgabenbericht für die Projektierung Verkehrs- und Gestaltungsprojekt Burgfelderstrasse - Missionsstrasse - Spalenvorstadt	UVEK	BVD	13.0701.01
15.	Ratschlag betreffend Ersatz Veloweg im Bereich Tierpark Lange Erlen	UVEK	BVD	13.0784.01
16.	Ratschlag Baselstrasse und Lörracherstrasse in Riehen zur Umgestaltung der Basel- und Lörracherstrasse im Abschnitt Gartengasse bis Riehen Grenze als flankierende Massnahmen zur Zollfreistrasse zur nachhaltigen Sicherung der Verkehrsreduktion. Vergrösserung der Fussgängerfläche, Massnahmen zugunsten des Veloverkehrs, behindertengerechte ÖV-Haltestelle, Begrünung und Aufwertung des Strassenraumes im Sinne der Wohnumfeldaufwertung und Beantwortung des Anzugs Roland Engeler-Ohnemus und Konsorten betreffend flankierende Massnahmen zur Zollfreistrasse	UVEK	BVD	13.0800.01 07.5009.05

17.	Schreiben des Regierungsrates betreffend Berichterstattung 2012 der Universität Basel zum Leistungsauftrag. <i>Partnerschaftliches Geschäft</i>	IGPK Universität	ED	13.0633.01
18.	Universitäts-Kinderspital beider Basel (UKBB) - Geschäftsbericht und Jahresrechnung 2012. <i>Partnerschaftliches Geschäft</i>	IGPK UKBB	GD	13.0846.01
19.	Ratschlag zu einer Teilrevision des Gesetzes über die direkten Steuern vom 12. April 2000 (Steuergesetz, StG) sowie Bericht zur Motion Christine Keller und Konsorten betreffend Besteuerung der Einelternfamilien im Kanton Basel-Stadt und zur Motion Peter Malama und Konsorten betreffend Ausgleich der kalten Progression zur Entlastung der Konsumentinnen und Konsumenten im Kanton Basel-Stadt	WAK	FD	13.0779.01 12.5252.03 08.5300.03
20.	Ausgabenbericht Subventionierung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit in der trinationalen Agglomeration Basel durch die Kantone Basel-Stadt und Basel-Landschaft für die Jahre 2014 - 2016 (Ausrichtung von Beiträgen an den Trinationalen Eurodistrict Basel TEB und die INFOBEST PALMRAIN, trinationale Informations- und Beratungsstelle für grenzüberschreitende Fragen in Village-Neuf / F). <i>Partnerschaftliches Geschäft</i>	RegioKo	PD	13.0832.01
21.	Bericht betreffend Berichterstattung der Fachhochschule Nordwestschweiz (FHNW) über die Erfüllung des Leistungsauftrags 2012	IPK FHNW	ED	13.0811.01
22.	Petition P316 "Für einen sicheren Schulweg über den Riehenring"	PetKo		13.0932.01
23.	Petition P317 "Für mehr Sicherheit der Schulwege im Wettsteinquartier"	PetKo		13.5261.01
24.	Schreiben des Regierungsrates betreffend IWB Industrielle Werke Basel: Information über die Rechnung 2012	UVEK	WSU	13.0511.01

An den Parlamentsdienst zur späteren Traktandierung

25.	Anzüge:			
a)	Eric Weber betreffend Förderung der politischen Parteien in Basel, auch von Grossrat Eric Weber inbegriffen, Gerechtigkeit für alle Parteien und Gruppen			13.5250.01
b)	Eric Weber betreffend in Basel muss man keine Steuern mehr bezahlen, analog wie in den Vereinigten Arabischen Emiraten			13.5251.01
c)	Eric Weber betreffend Migrantenquote im öffentlichen Dienst im Kanton Basel-Stadt			13.5252.01
d)	Eric Weber betreffend Benimmkurs für Abgeordnete des Grossen Rates. Ein paar Vorschläge von Grossrat und Parteipräsident Eric Weber. In Kurzform: Verhaltenskodex für Grossräte			13.5253.01
e)	Eric Weber betreffend kostenloses Tram für alle Einwohner von Basel			13.5254.01
f)	Anita Lachenmeier-Thüring und Konsorten betreffend Spielplätze für alle			13.5259.01
g)	Nora Bertschi und Konsorten betreffend Rehabilitierung administrativ versorgter Menschen			13.5266.01
26.	Motion Annemarie Pfeifer und Konsorten betreffend IWB-Landbesitz in Riehen			13.5264.01

Kenntnisnahme

27.	Jahresbericht 2012 der Interparlamentarischen Geschäftsprüfungskommission (IGPK) der Interkantonalen Polizeischule Hitzkirch (IPH)	IGPK IPH		13.5229.01
28.	Schreiben des Regierungsrates betreffend Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend Verkauf von Nitoba-Lösli durch Schüler während der Schulzeit		ED	13.5163.02
29.	Schreiben des Regierungsrates betreffend Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend Schulwahl als Statuskampf - selbst Linke wollen ihre Kinder nicht im Kleinbasel in die Schule schicken		ED	13.5086.02

30.	Schreiben des Regierungsrates betreffend Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend Sozialtourismus bekämpfen, was unternimmt Basel	WSU	13.5160.02
31.	Schreiben des Regierungsrates betreffend Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend Surprise, das Strassenmagazin und ev. Unregelmässigkeiten	WSU	13.5167.02
32.	Schreiben des Regierungsrates betreffend Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend Betrug beim Amt für Sozialbeiträge durch Türken	WSU	13.5085.02
33.	Schreiben des Regierungsrates betreffend Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend Grossräte, die arbeitslos oder krank sind - Unterstützung durch den Kanton Basel-Stadt - wie viel wird vom Grossrats-Geld abgezogen?	WSU	13.5089.02
34.	Schreiben des Regierungsrates betreffend Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend Mord an rund 450'000 Versuchs-Tieren in Basel - und dies pro Jahr	GD	13.5116.02
35.	Schreiben des Regierungsrates betreffend Schriftliche Kerstin Wenk betreffend der Crowdfunding Plattform wemakeit.ch	PD	13.5077.02
36.	Schreiben des Regierungsrates betreffend Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend Basel als Kulturhauptstadt Europas 2020	PD	13.5120.02
37.	Schreiben des Regierungsrates betreffend Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend Gültigkeit islamischer Heiratsvorschriften in Basel	PD	13.5087.02
38.	Schreiben des Regierungsrates betreffend Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend grosse Sorgen bei den Mitarbeitern im Kunstmuseum Basel - wie geht es weiter?	PD	13.5096.02
39.	Schreiben des Regierungsrates betreffend Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend Personenschutz für RR Eymann	JSD	13.5065.02
40.	Schreiben des Regierungsrates betreffend Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend Skandal-Preise bei den Basler Fähren	JSD	13.5068.02
41.	Schreiben des Regierungsrates betreffend Schriftliche Patrick Hafner betreffend korrekte Vergabe von Lotteriefondsgeldern?	JSD	13.5073.02
42.	Schreiben des Regierungsrates betreffend Schriftliche Joël Thüring betreffend unbewilligter Abstimmungsplache am Gewerkschaftshaus	BVD	13.5082.02
43.	Schreiben des Regierungsrates betreffend Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend wie viele Prostituierte arbeiten in Basel und wie wird diese Arbeit versteuert?	JSD	13.5095.02
44.	Schreiben des Regierungsrates betreffend Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend rechtlicher Sonderstatus des Badischen Bahnhofs - viele ungeklärte Fragen	BVD	13.5113.02
45.	Schreiben des Regierungsrates betreffend Schriftliche Anfrage Eric Weber betreffend Video-Kameras der BVB, die nicht funktionieren	BVD	13.5117.02

Anhang C: Neue Vorstösse

Motion

a) Motion betreffend IWB-Landbesitz in Riehen

13.5264.01

Am 1.1.2010 ist das IWB-Gesetz wirksam geworden. Dieses Gesetz hat folgende Übergangs- und Schlussbestimmungen:

§38. Die IWB erlangen eigene Rechtspersönlichkeit mit Wirksamwerden dieses Gesetzes.

§ 39. Der Kanton Basel-Stadt überträgt den IWB das gesamte bisherige Verwaltungs- und Finanzvermögen der Elektrizitäts-, Erdgas-, Trinkwasser-, Fernwärme- und Telekommunikationsversorgung sowie die Kehrichtverbrennungsanlage zu Eigentum.

² Soweit Grundstücke, die vom Kanton Basel-Stadt auf die IWB übertragen wurden, nicht mehr für betriebliche Zwecke benötigt werden und veräussert werden sollen, verfügt der Kanton Basel-Stadt über ein Vorkaufsrecht sinngemäss nach Art. 216 c OR. Das Vorkaufsrecht besteht unbefristet.

Zum Vermögen, das auf die IWB übertragen wurde - das meiste aus dem Eigentum der Einwohnergemeinde Basel - gehörte auch Grundeigentum auf Riehener Boden im Umfang von 1.5 Mio. m² (15% des Riehener Banns). Für die Gemeinde Riehen ist der Landschaftspark Wiese ein wichtiger Erholungsraum. So ist es nachvollziehbar, dass die Gemeinde Riehen ein grosses Interesse daran hat, bei einem zukünftig möglichen Verkauf des Landes auf dem Riehener Bann mitentscheiden zu können, gerade bei strategisch interessant gelegenen Parzellen.

Die Unterzeichnenden beauftragen den Regierungsrat, eine gesetzliche Änderung vorzulegen, welche ein Vorkaufsrecht für die Gemeinde Riehen gesetzlich verankert, wie dies auch für den Kanton/Einwohnergemeinde Basel gilt.

Annamarie Pfeifer, Rolf von Aarburg, Eduard Rutschmann, Karl Schweizer, Andreas Zappalà, Franziska Roth, Thomas Grossenbacher, Salome Hofer

Anzüge

a) Anzug betreffend Förderung der politischen Parteien in Basel, auch von Grossrat Eric Weber inbegriffen. Gerechtigkeit für alle Parteien und Gruppen

13.5250.01

Dem Schreibenden dieser Zeilen fällt auf, dass Basel das dümmste Parlament der Welt hat. Das Parlament sägt an seinem eigenen Ast. Es verstümmelt sich selbst.

Durfte man früher bis zu 15 Minuten zu einer Interpellation reden, so sind es heute nur noch 5 Minuten.

Durfte man früher unbegrenzt viele Interpellationen eingeben pro Monat, so ist es heute nur noch 1 Interpellation pro Monat. Und dies auch nur, wenn das Parlament tagt. In den sitzungsfreien Monaten kann man gar nichts abgeben, im Juli und August, da dann kein Grosser Rat ist.

Das Parlament weiss nicht, was es macht. Wegen Eric Weber wurde das Wahlgesetz in 20 Jahren schon dreimal abgeändert. Es brachte nichts. Im Gegenteil, es machte Grossrat und Parteipräsident Eric Weber noch stärker.

Da das Parlament oftmals unbeholfen wirkt, wie Laienspieler, sei an dieser Stelle folgende Bitte formuliert:

Es sei zu prüfen, dass der Kanton BS auch Parteien fördert, die nicht im Grossen Rat vertreten sind oder Parteileute wie Eric Weber, die keiner Fraktion angehören, da man mit zwei Sitzen im Grossen Rat noch keine Fraktion ist.

Evt. kann man ja, analog wie in BRD, jeder Partei, die über 1% der Stimmen kommt inskünftig pro Jahr rund 50 Rappen pro Wähler ausbezahlen.

Eric Weber

b) Anzug betreffend in Basel muss man keine Steuern mehr bezahlen, analog wie in den Vereinigten Arabischen Emiraten

13.5251.01

Der Schreibende dieser Zeilen ist schwer beeindruckt von der Freundlichkeit der Menschen in den Vereinigten Arabischen Emiraten. Alle Menschen dort sind glücklich, nett, zufrieden und hilfsbereit. Das Volk muss keine Steuern bezahlen. Immer mehr Menschen ziehen daher z.B. nach Dubai oder nach Abu Dhabi.

Basel, als reichste Stadt dieser Grössenordnung in ganz Europa, würde es gut anstehen, wenn man auch hier die Steuern abschaffen würde. Es würde zum Zuzug von rund 100'000 Einwohnern führen und Basel würde seine alte Einwohnerzahl wieder erlangen.

Es ist daher zu prüfen, welche Schritte angegangen werden sollten, um die Steuer in Basel abzuschaffen. Ich gehe davon aus, dass dann auch das Finanzamt keine anonymen Briefe mehr mit Pulver erhalten würde, wie das im vergangenen März 2012 (oder Anfang April) der Fall war.

Eric Weber

c) Anzug betreffend Migrantenquote im öffentlichen Dienst im Kanton Basel-Stadt

13.5252.01

Die Regierung tut zu wenig für die Integration. Es fehlt an einer "Willkommenskultur". Es fehlt an einer Migrantenquote in der Verwaltung.

Doch ausgerechnet der Staat, der Kanton, beschäftigt so wenige Menschen mit Migrationshintergrund wie kaum ein anderes Land. Auf Ämtern, in Schulen, in Kliniken, bei der Polizei sind Migranten beschämend deutlich unterrepräsentiert. Aber gerade der Staat müsste mehr darauf achten, dass er auch Leute aus allen Bevölkerungsgruppen einstellt. Denn er ist für alle da.

Es ist daher zu prüfen, wie diese Lage verbessert werden kann.

Eric Weber

d) Anzug betreffend Benimmkurs für Abgeordnete des Grossen Rates zu Basel-Stadt. Ein paar Vorschläge von Grossrat und Parteipräsident Eric Weber, in Kurzform: Verhaltenskodex für Grossräte

13.5253.01

Da es in einem Parlament auch zu verbalen Entgleisungen kommen kann, fordert der Anzugsteller das Büro des Grossen Rates auf, evt. auch den Regierungsrat, einen Verhaltenskodex für Grossräte und Regierungsräte zu entwickeln.

Harte Wortwechsel sind in einem Parlament keine Seltenheit. Einige Redner werden von Anfang an vom jeweiligen politischen Gegner entweder mit höhnischem Gelächter oder demonstrativen Gestöhne, oft auch mit Schmähungen begleitet.

Schüler und Senioren, die von der Zuschauertribüne aus die Grossrats-Sitzungen verfolgen, wirken nach Verlassen des Plenarsaals oft verstört wegen der Härte der verbalen Auseinandersetzungen.

Aber, teilweise sind "hässliche" Begleiterscheinungen des parlamentarischen Schlagabtauschs noch als notwendige Härte zu verstehen. So hat Eric Weber nun den Versuch gestartet, den überscharfen Tonfall im Grossen Rat auch aus Sorge um den Ruf des Parlaments endlich zu entschärfen.

Das Büro des Grossen Rates sollte sich noch 2013 zusammensetzen, um einen verbindlichen Kodex der Abgeordneten im Umgang miteinander festzulegen.

Denn es gibt in Debatten eine Grauzone, in der das Präsidium nicht immer eingreifen muss. Hier müssen Begriffe festgelegt werden, deren Verwendung tabu ist. Grossen Wert legt Eric Weber auf die Feststellung, dass Anlass und Zeitpunkt seiner Überlegungen nichts mit dem Fall Eric Weber zu tun hätten.

Manchmal braucht man für einen Umgangston einen Verhaltenskodex. Viele werden wohl überrascht sein, dass dieser Vorstoss ausgerechnet von Eric Weber kommt. Aber wenn darin ein Stück Selbstkritik zum Ausdruck kommt, ist das nicht verkehrt. Wir sind ja alle keine Unschuldslämmer.

Eric Weber

e) Anzug betreffend kostenloses Tram für alle Einwohner von Basel

13.5254.01

Es ist zu prüfen, was es kosten würde, wenn das Tram für alle Einwohner im Kanton Basel kostenfrei wäre.

Kann man das bitte einführen.

Weiter soll eingeführt werden, dass alle Parkhäuser kostenfrei sind. Das führt zu mehr Besuchen in unserem Kanton.

Eric Weber

f) Anzug betreffend Spielplätze für alle

13.5259.01

Spielplätze sind für Jung und Alt ein attraktiver Ort der Begegnung. Auch für Menschen mit Behinderung. Leider aber wird beim Spielplatzbau oft zu wenig an deren Bedürfnisse gedacht. Mit der Konsequenz, dass sich behinderte Kinder nur selten auf Spielplätzen vergnügen können.

Seit 1999 ist die Gleichstellung von Menschen mit und ohne Behinderung in der Bundesverfassung verankert. Im Januar 2004 trat das Bundesgesetz über die Beseitigung von Benachteiligungen von Menschen mit Behinderungen in Kraft (Behindertengleichstellungsgesetz, BehiG). Es setzt Rahmenbedingungen, die es Menschen mit Behinderungen erleichtern, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen und insbesondere selbstständig soziale Kontakte zu pflegen, sich aus- und fortzubilden und eine Erwerbstätigkeit auszuüben.

Im Kanton Basel-Stadt gibt es heute nur einen Spielplatz in Riehen, welcher den Kriterien entspricht. Die Stiftung Denk an mich hat diesen mit Spendegeldern ermöglicht.

Behindertengerechte Spielplätze bringen auch Menschen ohne Behinderung Vorteile: Der Zugang wird auch für Kinderwagen problemlos möglich sein. Daneben achten die Planer darauf, dass Spielgeräte verwendet werden, die auch Kinder mit Behinderung benutzen können. Damit können sich Menschen mit einer Behinderung im öffentlichen gesellschaftlichen Leben integrieren - wie es die Gesetzgebung vorsieht.

Konkreten Zahlen, insbesondere zu Kleinkindern mit Behinderungen, gibt es nicht. Was man aber weiss: 5,3 % aller jungen Erwachsenen zwischen 15 und 24 Jahren leben mit einer Behinderung.

Bei "Spielplätze für alle" geht es jedoch nicht nur um Kinder mit Behinderungen. Auch Eltern und Grosseltern mit einer Behinderung sollen ihre Kinder auf den Spielplatz begleiten können. Und gerade in dieser Bevölkerungsgruppe nimmt der Anteil der betroffenen Menschen deutlich zu: So lebt in der Altersgruppe über 65 Jahren jede/r Fünfte und über 75 Jahren bereits jede/r Vierte mit einer Behinderung. Das Bedürfnis für "Spielplätze für alle" ist also gross.

Die Unterzeichnenden bitten den Regierungsrat, zu prüfen und zu berichten,

1. wie das Behindertengesetz im Kanton diesbezüglich umgesetzt wird;
2. welche Spielplätze sich eignen, sich kurzfristig als "Spielplätze für alle" einzurichten;
3. ob der Regierungsrat bereit ist, in jedem Quartier in absehbarer Zeit mindestens einen bestehenden Spielplatz als "Spielplatz für alle" umzugestalten;
4. bis wann alle Spielplätze in Basel behindertengerecht sind.

Anita Lachenmeier-Thüring, Eveline Rommerskirchen, Nora Bertschi, Rudolf Rechsteiner, Oswald Inglin, Roland Lindner, Sibylle Benz Hübner, Brigitta Gerber

g) Anzug betreffend Rehabilitierung administrativ versorgter Menschen

13.5266.01

Bis in die 1980er Jahre hinein wurden Menschen ohne Gerichtsurteil oder psychiatrisches Gutachten von kantonalen oder Gemeindebehörden weggesperrt oder waren auf andere Weise durch Behördenentscheide von Zwangsmassnahmen betroffen. Auf Bundesebene wird derzeit über ein Gesetz zur Rehabilitierung administrativ versorgter Menschen diskutiert. Der aktuelle Entwurf sieht die historische Aufarbeitung der Geschehnisse sowie Akteneinsichtsrechte für betroffene Personen vor. Das Bundesgesetz wird damit einen wichtigen Beitrag zur Wiedergutmachung leisten. Wichtige Punkte sind jedoch vom geplanten Gesetz nicht erfasst oder bleiben den Kantonen überlassen: Die Frage der Entschädigung wird explizit offen gelassen. Zudem soll sich das Gesetz einzig an Personen, die aufgrund eines Behördenentscheides in eine Anstalt eingewiesen worden sind, richten. Dieser Fokus ist zu eng: Von behördlichen Zwangsmassnahmen waren auch weitere Personen - etwa Verdingkinder, unverheiratete Mütter, denen Kinder weggenommen wurden, oder zwangssterilisierte Menschen betroffen. Bundesrätin Simonetta Sommaruga hat sich an einem Gedenk Anlass für ehemalige Verdingkinder im Namen der Landesregierung bei den Opfern fürsorglicher Zwangsmassnahmen entschuldigt und eine umfassende historische, rechtliche und finanzielle Aufarbeitung verlangt. Sie hat dabei die Opfergruppe bewusst offener gefasst.

Auch im Kanton Basel-Stadt waren Personen von behördlichen Zwangsmassnahmen betroffen. Es ist wichtig, dass der Kanton Basel-Stadt einen Beitrag zur Aufarbeitung der eigenen Geschichte und Wiedergutmachung leistet. Die Regierung wird daher beauftragt, angemessene Massnahmen zur Rehabilitierung der im Kanton Basel-Stadt betroffenen Personen zu ergreifen. Dabei wird die Regierung gebeten zu berichten und zu prüfen,

- wie sich der Kanton Basel-Stadt zur aktuellen Gesetzesdebatte auf Bundesebene stellt;
- welche Form der offiziellen Entschuldigung durch den Kanton Basel-Stadt angebracht erscheint;
- inwiefern der Kanton Basel-Stadt Massnahmen zur Sicherung von Akten (im Staatsarchiv und den Registraturen der verantwortlichen Behörden) ergreift;
- inwiefern der Kanton Basel-Stadt die historische Aufarbeitung der kantonalen Ereignisse fördert und finanziell unterstützt;
- welche Anlaufstelle für die Beratung der Betroffenen zuständig ist und inwiefern dies in der Öffentlichkeit bekannt gemacht wird;
- inwiefern der Kanton Basel-Stadt, etwa durch die Errichtung eines Härtefallfonds, Betroffenen eine finanzielle

Wiedergutmachung für das erlittene Unrecht zukommen lassen wird;

- wie im Kanton Basel-Stadt die genannten Massnahmen auf alle Menschen, die von behördlichen, aus heutiger Sicht ungerechtfertigten Zwangsmassnahmen betroffen waren, ausgedehnt werden können.

Nora Bertschi, Brigitta Gerber, Joël Thüring, Michael Koechlin, Andreas Zappalà, Dominique König-Lüdin, Rudolf Rechsteiner, Annemarie Pfeifer

Interpellationen

a) Dringliche Interpellation Nr. 52 betreffend Polizeieinsatz an der Art Basel

13.5270.01

Am Freitagabend, den 14. Juni 2013 wurde auf dem Messeplatz die unbewilligte „Gegen-Favela“ von der Polizei gewaltsam geräumt (gemäss TagesWoche vom 14.06.2013). Die Protestaktion war eine Reaktion auf das „Favela Café“ - eine Kunstinstallation auf dem Vorplatz der Art Basel.

Die polizeiliche Reaktion auf den Protest gegen diese Kunstinstallation hinterlässt einige Unklarheiten sowie ein ungutes Gefühl. Es handelt sich beim Messeplatz um öffentlichen Grund, der für die Allgemeinheit zugänglich ist und auch bleiben soll, gemäss den vorangegangenen Diskussionen rund um den Messebau:

"Der überdeckte Platz markiert somit nicht nur den Eingang zu den Messehallen, sondern wird zu einem Anziehungspunkt des öffentlichen Lebens in der Verlängerung der Clarastrasse." Ratschlag Messezentrum Basel 2012, 06.0179.01, S. 33.

"Das entscheidende architektonische und städtebauliche Element ist die Überdeckung des südwestlichen Messeplatzes, der von oben belichtet wird; es ist ein überdeckter, hallenartiger öffentlicher Raum, der nicht nur den Eingang zu den Messehallen markiert, sondern zu einem Anziehungspunkt des öffentlichen Lebens in der Verlängerung der Clarastrasse wird". Ratschlag Messezentrum Basel 2012, 06.0179.01, S. 8.

Trotzdem scheint die Messe Basel (MCH Group), ein gewisses Vorrecht auf das Areal zu geniessen. Dies erstaunt nicht nur in Bezug auf die Diskussionen um den Messebau, sondern auch im Hinblick auf den zukünftigen Umgang des Kantons mit der Nutzung des öffentlichen Raumes.

Daher bitte ich die Regierung, um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Steht die Regierung weiterhin zu den Aussagen im Ratschlag Messezentrum Basel, dass der überdeckte Messeplatz ein „Anziehungspunkt des öffentlichen Lebens“ werden soll?
2. Ist die Regierung nicht der Ansicht, dass die Kunstmesse Art sich mit den Reaktionen auf ihre z.T. auch provokative Kunst auseinandersetzen muss? Sollte die Toleranzgrenze gerade in dieser Situation nicht grösser sein?
3. Warum rechtfertigt die Regierung den Einsatz der Räumung des Messeplatzes mit einem Strafantrag der Messe Basel (MCH Group) betreffend Hausfriedensbruch? Hat die Messe Basel ein Sondernutzungsrecht auf dem Messeplatz?
4. Warum wurde am Freitagabend (14. Juni 2013) um 22 Uhr die Protestaktion auf die provozierende Kunstinstallation geräumt? War die Kunstinstallation bedroht von der Protestaktion? Oder empfand man die tanzende Menge als störend?
5. Warum wurde wegen Musik-Lärm eingegriffen, wenn es doch keine Lärmklagen von AnwohnerInnen gab?
6. Warum benötigte man ein grosses Polizeiaufgebot und Gummigeschosse, um die Musikanlage auszuschalten? War es nicht möglich, einfach die Stromzufuhr für die Musikanlage abzustellen? Warum wurde die Musikanlage nicht beschlagnahmt, anstatt diese zu zerstören?
7. Ist die Regierung nicht der Ansicht, dass die Polizeiaktion gegen die tanzende Menge zu lauter Musik während der Art - die sich insbesondere mit zeitgenössischer Kunst und gesellschaftlichen Phänomenen auseinandersetzt - einen Imageschaden für Basel bedeuten könnte?

Tanja Soland

b) Dringliche Interpellation Nr. 53 betreffend Polizeieinsatz auf dem Messeplatz

13.5271.01

Am 14.06.2013 kam es zwischen der Polizei und einer Gruppe von jungen Menschen, welche auf offenem Allmendboden, der von der Messe Basel gemietet wurde, eine illegale Party veranstaltet haben, zu Auseinandersetzungen.

Die Art Basel ist sich sicherlich bewusst gewesen, dass sie mit einer Favela vor der Haustüre provozieren wird und dies ist höchstwahrscheinlich auch der Wunsch des Künstlers gewesen. Favelas sind improvisierte Siedlungen von Menschen in Lateinamerika, die keinen Wohnraum finden. Nun haben junge Menschen auf diese bewusste Provokation kreativ reagiert und wollten zeigen, wie sie sich eine Favela tatsächlich vorstellen. Solche Aktionen

müssten insbesondere im Rahmen der Art ihren Raum haben.

Die Messe Basel, welche grosse Sympathien in Basel geniesst, reichte in der Folge eine Strafanzeige wegen Hausfriedensbruchs gegen die Aktion der Basler ein. Der öffentliche Raum wird somit privatisiert.

Ein Medienbericht beginnt wie folgt: "Mit Tränengas und Gummischrot ist die Polizei gegen die illegal errichtete Favela auf dem Messeplatz vorgegangen. Sie bereitete damit der friedlichen Feier ein abruptes und gewaltsames Ende." (TagesWoche vom 14.06.2013).

Es ist verständlich, dass die Polizei im Kanton Basel-Stadt die Ordnung und Sicherheit sicherstellen und die diesbezüglich notwendigen Handlungen vornehmen muss. In diesem Fall ist aber der Eingriff der Polizei nicht nachvollziehbar, wenn doch begründet wird, dass es darum ging, dem Strafantrag der Messe Basel Folge zu leisten. Es ist sicher schade, dass die Aktivisten den polizeilichen Anordnungen weg zu gehen, nicht Folge leisteten, aber dies rechtfertigt das Vorgehen der Polizei noch nicht. Sie handelte gewaltsam gegen die Aktivisten und beendete diese Aktion mit einer Sachbeschädigung. Eine dringende Notwendigkeit für den polizeilichen Eingriff bestand nicht. Mit der wilden, ergänzenden Favela wurden keine Werte bedroht, es ging bloss darum, in der Öffentlichkeit Zeichen zu setzen und eine provokative Kunstinstallation kritisch zu hinterfragen.

In diesem Zusammenhang wird der Regierungsrat gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

1. Was wollte die Polizei mit ihrem Einsatz, welcher nur wenige Minuten dauerte, tatsächlich bewirken?
2. Was versteht der Regierungsrat unter dem Begriff der Verhältnismässigkeit?
3. Gab es keine mildereren Massnahmen, um die illegale Party aufzulösen? Über welche anderweitigen Massnahmen wurden diskutiert?
4. Auf öffentlichem Boden kann kein Hausfriedensbruch stattfinden. Gestützt auf welche gesetzliche Grundlage wurde die Räumung des Platzes angeordnet und gestützt auf welche gesetzliche Grundlage wurden derart heftige Polizeimittel dazu in Anspruch genommen?
5. Wie beurteilt die Polizei im Nachhinein den Einsatz gegen die unbewilligte Party?
6. Gemäss Medienberichten soll die Polizei auf heftigen Widerstand gestossen sein. Sie habe entsprechend mit Gummischrot und Reizstoff reagiert. Die Interpellantin hat das Video gesehen und mit mehreren TeilnehmerInnen der Aktion und Passanten gesprochen. Ihr sind keine solchen Widerstände zu Beginn des Polizeieinsatzes bekannt. Von welchem Widerstand ist die Rede? Was sind die genauen Gründe, die für den Einsatz derart heftiger polizeilicher Mittel geführt haben?

Sibel Arslan

c) Dringliche Interpellation Nr. 54 betreffend Nutzung des Messeplatzes

13.5272.01

Der massive Polizeieinsatz am Freitagabend des 14. Juni 2013 gegen die spontane Kunst- und Protestaktion auf dem Messeplatz wirft neben vielen anderen auch die Frage auf, wie die Bespielung des Messeplatzes während der Art zwischen dem Kanton Basel-Stadt und der Messe Schweiz vertraglich geregelt ist.

Ich bitte den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

- Welche Verträge bestanden bezüglich der Nutzung des Messeplatzes während der Art Basel 2013 und wer sind die Vertragspartner?
- Welches Perimeter ist von diesen Verträgen betroffen (genaue Bezeichnung)?
- Für welchen Zeitraum gelten bzw. galten diese Verträge?
- Auf welchen gesetzlichen Grundlagen beruhen die mit dem Kanton abgeschlossenen Verträge?
- Gibt es darin besondere Bestimmungen, die von vergleichbaren Verträgen mit dem Kanton abweichen?
- Welche Tarife sind für die Nutzung des Messeplatzes durch die Art Basel massgebend?
- Welche Betriebszeiten und welche Form der Nutzung bzw. Bespielung waren für das Favela Café im Allgemeinen und insbesondere für den Freitag, 14. Juni 2013 amtlich bewilligt?

Michael Wüthrich

d) Dringliche Interpellation Nr. 55 betreffend heftiger Angriff auf Zivilfahnder

13.5274.01

Nach dem Übergriff auf zwei Zivilfahnder der Kantonspolizei Basel-Stadt beim St.-Johanns-Park laufen die Ermittlungen gegen die verummten linksradikalen Schläger auf Hochtouren.

Die Polizisten waren am Freitag, 21. Juni, gegen 23 Uhr in der Immengasse erkannt und von mehreren Vermummten gezielt attackiert worden. Dabei gingen die Chaoten brutaler vor, als bisher angenommen.

Die Zeitung Aufbau hat in einer Zeitungsausgabe zahlreiche Fotos von Basler Zivilfahndern gebracht und diese auch ins Internet gestellt. Schon vor Wochen machte ich dazu eine Schriftlich Anfrage, war auch hier wieder einmal der

Zeit voraus.

Nun ist der Schaden eingetroffen und Fahndungschef Urs Wicki beklagt den Ausfall von mehreren guten Fahndern, die auch mich teilweise durch die Stadt gejagt haben, kurz vor der Grossrats-Wahl 2012, aus der ich als einziger Wahlsieger hervor ging.

1. Hat die Polizei Foto- oder Filmaufnahmen, auf denen man die Täter vom 21. Juni sehen kann?
2. Wenn ja, warum werden diese Foto- oder Filmaufnahmen nicht den Medien gegeben?
3. Warum ist die Basler Polizei nicht fähig, die Fotos von Zivilfahndern aus dem Internet raus zu bekommen?
4. Warum hat die Basler Regierung, konkret die Polizei, keine Anzeige gegen die Zeitung Aufbau gemacht, die in einer Druckausgabe die Fahnder abgebildet hat?
5. Ist sich die Regierung bewusst, dass man diese Fahnder nun entlassen muss, denn sie werden überall erkannt und verspottet? Schaut doch nur ins Internet, dort findet man alles.
6. Warum hat man die Demo am 21. Juni überhaupt zugelassen, wenn diese verboten ist? Warum ging die Polizei nicht massiv vor, denn schliesslich war es eine Demo, die nicht genehmigt war?
7. Wie sieht die Polizei die allgemeine Gefahrenlage?

Eric Weber

Schriftliche Anfragen

a) Schriftliche Anfrage betreffend Gleichstellungskommission Basel-Stadt - wo bleibt die Gleichberechtigung?

13.5269.01

Gemäss Kantonsblatt vom 12.06.2013 wurde die regierungsrätliche "Gleichstellungskommission Basel-Stadt" neu bestellt. Die Gleichstellungskommission hiess bis im Herbst 2012 noch Frauenrat und hat gemäss Homepage den Auftrag, sich für die Chancengleichheit von Frauen und Männern einzusetzen.

Erstaunlicherweise sind von den 18 ordentlichen Mitgliedern nur gerade fünf Personen dem männlichen Geschlecht angehörig. Diese Tatsache erstaunt, sollte doch eine Gleichstellungskommission mit gutem Beispiel vorangehen und dafür sorgen, dass die Vertretung in diesem Gremium ausgewogen ist - insbesondere da heute bewiesen ist, dass durch die überdurchschnittliche Förderung des weiblichen Geschlechts, gerade an den Schulen, das männliche Geschlecht unterdrückt und benachteiligt wird. In diesem Zusammenhang muss zudem festgehalten werden, dass die Abteilung "Gleichstellung von Frauen und Männern" ebenfalls über kaum männliches Personal verfügt und somit die Gefahr besteht, dass auch dort die Interessen des männlichen Geschlechts nur schlecht berücksichtigt werden.

Deshalb bitte ich den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wieso wurde bei der Neubesetzung der Gleichstellungskommission nicht darauf geachtet, dass die Kommission bezüglich des Geschlechts ausgewogener zusammengesetzt wird?
2. Nach welchem Kriterienkatalog wurden die Mitglieder ausgewählt?
3. Welche fachlichen Qualifikationen bringen die Mitglieder mit?
4. Sind die Mitglieder der Kommission gleichzeitig Mitglied einer politischen Partei?
5. Falls ja, in welcher Partei?
6. Ist es Absicht, dass in der Abteilung "Gleichstellung von Frauen und Männern" im Präsidialdepartement eine verschwindend kleine Minderheit dem männlichen Geschlecht angehört?
7. Wie will der Regierungsrat aufgrund der Konstellation in der Gleichstellungskommission und der Fachabteilung im Präsidialdepartement sicherstellen, dass das männliche Geschlecht nicht unterdrückt und benachteiligt wird?
8. Teilt der Regierungsrat den Verdacht des Schreibenden, dass das eigentliche Ziel dieser Gleichstellungsorganisationen nicht die Gleichstellung, sondern die Bevorzugung des weiblichen Geschlechts ist?
9. Falls ja, wie will er dem entgegenzutreten?
10. Falls nein, inwiefern kann er diesen Verdacht begründet aus der Welt schaffen?

Joël Thüring

b) Schriftliche Anfrage betreffend grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Logistikbereich und den daraus resultierenden gesetzlichen Problemen

13.5275.01

Im Jahr 2010 reichte ich folgende Schriftliche Anfrage z.H. der Regierung Basel-Stadt ein: 10.5050 Schriftliche Anfrage Samuel Wyss betreffend der Zukunft des Rheinhafen Basel. Darin enthalten ist die Frage 13:

"Frage 13: Welches Ziel verfolgt die Basler Regierung im Rheinhafen Kleinhüningen und ist dies mit der nationalen Versorgung von Gütern zu vereinbaren? Werden bei der geplanten Umnutzung des Hafens die Bedürfnisse der Hafenlogistik berücksichtigt und in welchem Ausmass?"

Die Antwort der Regierung:

"Für die Strategie der Hafententwicklung ist der Verwaltungsrat der SRH verantwortlich. Der Kanton Basel-Stadt ist darin durch den Vorsteher des Departements für Wirtschaft, Soziales und Umwelt vertreten. Der Regierungsrat unterstützt die vom Verwaltungsrat der SRH verabschiedete Hafententwicklungsstrategie. Sie beinhaltet u.a. folgende Schwerpunkte:

- Weiterentwicklung der trimodalen Logistikdrehscheibe der Häfen, durch Nutzung und Stärkung der Standortvorteile der einzelnen Hafenstandorte (Grundlage: Richtpläne Basel-Landschaft und Basel-Stadt);
- Langfristige Sicherung der Entwicklungsoptionen zusammen mit den Eignerkantonen und den trinationalen Partnern;
- Aufwertung des städtischen Rheinuferes Klybeck - Dreiländereck für die Öffentlichkeit und Öffnung für Dienstleistungsnutzungen und nach Möglichkeit auch für Wohnen
- im Rahmen einer abgestimmten Hafen- und Stadtentwicklung (mit Kompensation für Hafenlogistik) gemäss kantonaem Richtplan;
- Verkehrspolitik und Standortförderung: Einbindung der Schifffahrt und der Rheinhäfen in die Verkehrspolitik des Bundes und Harmonisierung der Infrastrukturfinanzierung;
- Förderung des trinationalen Hafenstandorts am südlichen Oberrhein im Logistikmarkt."

Wie seitens SRH vernommen werden kann, ist geplant, demnächst mehrere Umschlagprodukte nach Weil (DE) auszulagern, so zum Beispiel der Schrottverlad. Der vorhandene Platz in Deutschland und Frankreich sei geeignet, die aufgrund des geplanten Wohnungsbaus und der Umnutzung im Hafen, weichender Logistik und Lagerkapazitäten in Basel fehlenden Hafenstrukturen aufzunehmen. Eine enge Zusammenarbeit mit den Häfen im Elsass und mit Weil wird angestrebt.

Der momentane Wirtschaftskrieg und die zunehmenden Angriffe seitens der EU gegen die Schweiz zeigen nun auch beim Euroairport Wirkung. Die einseitige Steuererhebung seitens Paris gefährdet die teilweise gute Zusammenarbeit zwischen der französischen Grenzregion und der Schweiz. Der seit Jahren andauernde Fluglärmstreit und der Steuerstreit zwischen Deutschland und der Schweiz zeigen auf, dass auch die deutsch-schweizerischen Beziehungen nicht auf Rosen gebettet sind.

1. Ist sich die Regierung BS dieser Situation bewusst und weshalb will sie das Risiko trotzdem eingehen und einen trinationalen Hafen planen?
2. Wurde die „Réserve Suisse“, welche die Pflichtlager beaufsichtigt, über die teilweise Hafenauslagerung informiert und wie lautete deren Antwort?
3. Ist sich die Basler Regierung bewusst, dass kein Ersatzstandort vorhanden ist, wenn der Basler Hafen teilweise oder ganz überbaut wird und das Experiment "Trinationaler Hafen" scheitert?
4. Da die Schweiz aus mehreren Gründen in keiner Zollunion mit Frankreich und Deutschland verbunden ist, kann der zunehmende grenzüberschreitende Warenverkehr bei einem trinationalen Hafen zu grösseren Problemen führen (der Rhein ist internationales Gewässer und deutsche wie auch französische Zollvorschriften tangieren die transportierten Waren nicht, solange sie direkt in die CH verbracht werden). Wie gedenkt die Basler Regierung dieses Problem zu lösen?
5. Wie viele Stellen gehen in Basel verloren, wenn die drei Häfen zu einem zusammen geschlossen werden und weshalb gefährdet der Kanton Basel-Stadt nun schon wieder Stellen auf seinem Hoheitsgebiet?
6. Wie viel Steuersubstrat geht dem Kanton Basel-Stadt verloren, wenn die Hafenlogistik oder Teile davon ins Ausland ausgelagert werden?
7. Gleiche Frage wie 6. aber auf den Bund und dessen Bundessteuern bezogen?
8. Wie kann die nationale Versorgung (im Bezug auf den Hafen BS) vor Strafsteuern oder künstlich produzierten Engpässen geschützt werden, wenn sich der Hafen oder Teile davon - analog dem Euroairport - auf französischem Hoheitsgebiet befinden?
9. Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit hat in den letzten Jahren stark gelitten, diverse Themen haben international zu Verstimmungen geführt (Parkraumbewirtschaftung / Quellensteuer / Hafentlärm / Mülldeponien in Grenzach und im nahen Elsass / Fluglärm / Steuer- und Arbeitsrecht beim Euroairport / KKW Fessenheim / von Deutschland geplante „Rheintransportsteuer“). Weshalb ist die Regierung Basel-Stadt bei den momentanen Verstimmungen mit dem Ausland bereit, weitere Gelegenheiten zu bieten, die Schweiz zu neuerlichen Zugeständnissen zwingen zu können?
10. Welche Meinung vertritt der National- und Ständerat betreffend der Zusammenlegung der Hafentinfrastruktur

und der dadurch entstehenden potentiellen Gefährdung der existentiellen nationalen Krisenversorgung (Erdölprodukte, Lebensmittel, Metallprodukte) mittels der Rheinschifffahrt?

11. Welches Arbeitsrecht wird in einem trinationalen Hafen angewandt werden? Müssen wir davon ausgehen, dass ähnliche Probleme wie beim Euroairport entstehen können?
12. Wie lange wären die trinationalen Verträge bezüglich des Hafens gültig? Muss man damit rechnen, dass - falls einer der Vertragspartner den Vertrag auslaufen liesse - die Eidgenossenschaft nicht mehr über einen eigenen Hafen und damit nicht mehr über einen wirtschaftlichen Anschluss zu den Weltmeeren verfügt? Können wir dies verantworten?
13. Welche Vorteile sieht die Regierung Basel-Stadt in einer Teilauslagerung bzw. einer späteren völligen Auslagerung des schweizerischen Rheinhafens? Wer ist bei den Verhandlungen federführend und trägt die Verantwortung?

Samuel Wyss

c) Schriftliche Anfrage betreffend Wagenleute und brachliegendes Gelände im Hafen

13.5276.01

1. Wer hat das Gelände an der Freiburgerstrasse, welches den Wagenleuten durch den Kanton zur Verfügung gestellt wurde, nach deren Wegzug gesäubert?
2. Welche Kosten sind dabei entstanden und wer hat diese Kosten übernommen?
3. Wie lange will die Regierung die Besetzung durch die Wagenleute noch tolerieren (konkretes Datum)?
4. Stimmt es, dass die Wagenbesetzungen ihren Abwasser- (Fäkal-)tank früher direkt in den Rhein entleert haben?
5. Wird dies immer noch so gehandhabt?
6. Wie hoch ist die Busse, wenn ein "Normalbürger" seine Fäkalien in ein öffentliches Gewässer leitet?
7. Wie lange dauert es in der Regel, wenn ein "Normalbürger" - ohne Support von -links-grünen Politikern - ein Gelände besetzt, bis dieses kostenpflichtig geräumt wird?
8. Stimmt es, dass die Wagenleute mit Strom versorgt werden? Wenn Ja, von wem?
9. Wer bezahlt diesen Strom?
10. Analog Fragen 8 und 9 auf Frischwasser bezogen?
11. Am 14.08.2012 publizierte die BAZ einen Bericht über die Wagenleute und die Zustände an der Freiburgerstrasse. Darin wurden Anwohner zitiert, welche sich über die Wagenleute beklagten: als Gründe wurden u.a. Lärmbelästigungen, Nichteinhalten der Sonntags- und Mittagsruhe, Feuer- und Rauchbelästigungen genannt. Hat sich die Situation diesbezüglich gebessert (an der Uferstrasse)?
12. Das Gebiet an der Uferstrasse soll überbaut werden. In der Begleitgruppe bezüglich Zukunft und Planung dieser Überbauung sind nur wenig ortsansässige Personen vertreten. Könnte es sein, dass die Regierung einmal mehr die örtlichen Gegebenheiten und die Ortsansässigen vernachlässigt und die eigenen Interessen in den Vordergrund stellt?
13. In der Begleitgruppe gab es massive Störaktionen seitens Aktivisten von "Rheinhattan versenken". Wie kommt es, dass solche Aktivitäten zugelassen werden und somit (z.T. ausländische) Aktivisten den alteingesessenen Quartierbewohnern aufkotroyieren wollen, wie sie ihre Umgebung und Zukunft planen sollen?
14. Wird die Regierung weiter dulden, dass ausländische, in Basel studierende Aktivistinnen, in solchen Begleitgruppen teilnehmen können, obwohl sie weder den dazu nötigen Anstand noch die örtlichen Gepflogenheiten kennen und gegenüber Fernsehjournalisten mit Gewalt drohen?
15. Wird in der Begleitgruppe inzwischen professioneller zusammengearbeitet und wie weit sind die Planungen?
16. Den Mitgliedern der Begleitgruppe wurde ein Maulkorb verpasst, um weitere Negativschlagzeilen in den Medien zu verhindern. Wer hat diesen Maulkorb veranlasst? Wie verträgt sich dies mit der Rechtsstaatlichkeit?
17. Wie weit sind die Planungen betreffend ÖV- und MIV-Erschliessungen und wie sehen diese aus?
18. Jede an Touristen oder hohem Lebensstandard interessierte Stadt, welche über einen See oder ein Fliessgewässer verfügt, nutzt die bebaute Uferzone als Gastromeile mit Gartenrestaurants respektive Terrassen zum Fliessgewässer hin. Da Basel-Stadt auch diesbezüglich "anders tickt" und über fast keine solchen Gastro-Erlebnisse verfügt, bitte ich die Regierung sich dahingehend zu äussern, ob solche entlang der "Rheinhattan"-Uferzone geplant sind, oder ob sich die Touristen und die ortsansässige Bevölkerung mit Buvetten begnügen müssen?
19. Obwohl die französische Grenzregion ein noch grösseres Sicherheitsmanko als Basel aufweist, will die Regierung eine Brücke ab "Rheinhattan" nach Frankreich bauen. Wie will die Regierung die Sicherheit und

den Schutz vor Kriminaltouristen in "Rheinhattan" und Kleinhüningen sicherstellen? Werden zusätzliche Polizisten angestellt?

20. Inzwischen hat Basel den Ruf, dass man ungestraft machen kann, was man will z.B.:
- Scheiben einschlagen (Freie Strasse/Voltaplatz)
 - Polizisten verprügeln (diverse Vorfälle an Demos und an der Militärparade beim Marktplatz)
 - Häuser und Geländebesetzungen durchführen
 - Privateigentum und öffentliche Einrichtungen verschmieren
 - Wildes Campieren am Rhein (Wagenleute)

Auf die ausufernde Kriminalität im Zusammenhang mit Raub, Vergewaltigung und Einbruch möchte ich an dieser Stelle nicht weiter eingehen.

Wünscht sich die Basler Regierung tatsächlich diesen Ruf oder wird sie die nötigen Schritte in die Wege leiten, dass Basel-Stadt nicht komplett als Anarchisten- und Chaotenstadt in die Annalen der Geschichte eingeht?

21. Sollte die Regierung sich diesen Ruf nicht wünschen, würde ich sie bitten, uns den Zeitplan bekannt zu geben, innert welchem Zeithorizont sie ihren Ruf wieder aufpolieren möchte?
22. Wer trägt die Verantwortung für die momentanen Zustände?

Samuel Wyss

d) Schriftliche Anfrage betreffend Berufslehre als Grundbildung im Kader der Basler Verwaltung

13.5277.01

Die Berufsbildung ermöglicht den Jugendlichen den Einstieg in die Arbeitswelt und sorgt für den Nachwuchs an qualifizierten Fach- und Führungskräften. Sie ist arbeitsmarktbezogen und Teil des Bildungssystems. Wer eine Berufslehre absolviert hat, hat heute viele Möglichkeiten einer Weiterbildung. Das Gesamtsystem der Berufsbildung ist heute nach dem Prinzip konzipiert: Kein Abschluss ohne Anschluss.

In Basel-Stadt wurde in den letzten Jahren versprochen, die duale Ausbildung im Kanton zu stärken. Der Kanton als Arbeitgeber hat tatkräftig bei der Einführung der EBA-Ausbildungsgänge mitgeholfen und das Lehrstellenangebot im Kanton weiter ausgebaut.

Nun stellt sich die Frage, ob sich die Stärkung der dualen Ausbildung auch im Kaderbereich des Kantons niederschlägt?

Deshalb wird die Regierung gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

- Wie viele Verwaltungs-Mitarbeitende in den verschiedenen Kaderstufen verfügen über eine Berufslehre als Grundausbildung?
- Wie ist die Verteilung der Kadermitarbeitenden mit einer Berufslehre als Grundbildung über die verschiedenen Departemente?
- Falls dieser Anteil tief ist, welche Anstrengungen im Kanton werden unternommen, um diese Quote zukünftig zu erhöhen?
- Wie ist die Verteilung im Kader zwischen Männern und Frauen mit einer Berufslehre als Grundausbildung?
- Wie ist die Verteilung im Kader zwischen Frauen und Männern mit einem Universitären Abschluss?
- Gibt es eine Prognose zu der Aufteilung Berufslehre - Universitäre Ausbildung im Kader für die nächsten 5 Jahre?
- Ab welcher Kaderstufe ist ein Universitärer Abschluss unerlässlich?

Beatriz Greuter

e) Schriftliche Anfrage betreffend Abschluss mit eidgenössischen Berufsattest

13.5278.01

Jugendliche mit niedrigem Bildungsabschluss sind überdurchschnittlich von Arbeitslosigkeit betroffen. Um den Übergang in den Arbeitsmarkt für Jugendliche mit weniger guten schulischen Voraussetzungen zu verbessern, wurde mit dem Schweizerischen Berufsbildungsgesetz über die Berufsbildung von 2002 die Möglichkeit von zweijährigen beruflichen Grundbildungen mit eidgenössischem Berufsattest (EBA) geschaffen.

Was in gewissen Sparten die Anlehre abgedeckt hat - und noch bis 2015 abdecken soll - wurde und wird durch die anspruchsvollere EBA-Ausbildung abgelöst. Wer die berufliche Grundbildung mit Berufsattest abschliesst, kann anschliessend in das 2. Lehrjahr der 3- bis 4- jährigen Berufslehre einsteigen.

In Branchen mit "Tradition" in den 2-jährigen Ausbildungen (Verkauf, Gastro) hat die EBA-Ausbildung gut Fuss

gefasst. In anderen Berufen weniger (bspw. Schreinerpraktiker EBA, Floristin EBA).

Nach nun fast zehn Jahren stellt sich die Frage, wie hat sich dieser "neue" Ausbildungsgang gesamthaft etabliert.

Die Regierung wird deshalb gebeten zu prüfen und zu berichten:

- Wie viele EBA-Ausbildungsplätze gibt es heute in Basel-Stadt?
- Wie viele EBA-Ausbildungsplätze bietet der Kanton Basel-Stadt als Arbeitgeber an?
- Wie war die Entwicklung in den letzten 10 Jahren?
- Wie hoch ist die Abbruchquote in der EBA-Ausbildung im Vergleich zum EFZ?
- Wie viele EBA-AbgängerInnen nehmen anschliessend eine verkürzte EFZ-Ausbildung in Angriff? Gibt es Unterschiede in den Berufen?
- Wie viele EBA-AbgängerInnen haben eine Anschlusslösung in der Wirtschaft? Wie viele nicht?
- Was unternimmt der Kanton Basel-Stadt, um die EBA-Ausbildungsgänge zu stärken und weitere Lehrstellen in diesem Bereich zu schaffen?

Franziska Reinhard